

# Holen wir uns den Mühlengreis zurück.

Für eine lebenswerte, sozial gerechte,  
friedliche und klimaneutrale Kommune.

Wahlprogramm

**Die Linke**

Minden-Lübbecke

<b>Holen wir uns den Mühlenkreis zurück.</b>	<b>1</b>
Für eine lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommune	1
<b>Antifaschismus im Kreis Minden-Lübbecke leben und organisieren!</b>	<b>4</b>
Unsere Grundsätze: Konsequenz und unmissverständlich gegen Rechts	4
Keine Öffentliche Vereidigung der Bundeswehr am Kaiser-Wilhelm-Denkmal	
Porta Westfalica	5
<b>Armut bekämpfen – Für ein Leben in Würde für Alle!</b>	<b>7</b>
Wohnen ist Menschenrecht	7
Energie für alle: Heizen darf kein Luxus sein	8
Soziale Teilhabe für Alle: Sozialpass statt Almosen!	8
Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen – Housing First statt Verdrängung	9
Fazit: Für einen Kurs- wechsel – Gerechtigkeit geht nur mit links!	9
<b>Bildung gerecht und zukunftsfähig machen</b>	<b>10</b>
Unsere Schulen: Investieren in Zukunft statt Verwalten des Mangels	11
Eine Schule für Alle: Das gegliederte System überwinden, Chancen schaffen	12
<b>Digitalisierung: Souverän, gerecht und sicher</b>	<b>15</b>
Public Money – Public Code	15
Digital einfach, persönlich erreichbar	17
Transparenz ist die schärfste Waffe der Demokratie	18
Mensch vor Algorithmus: Klare Regeln für KI und „Smart City“	20
Konsequenter Schutz vor Cyberangriffen und Überwachung	21
<b>Feminismus ist Grundbedingung für soziale Gerechtigkeit</b>	<b>23</b>
Im Kreis Minden-Lübbecke: Schutz, Sichtbarkeit, Solidarität	23
Konsequent handeln zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen	24
Engagement anerkennen, Strukturen stärken	25
<b>Gesundheit ist ein Menschenrecht!</b>	<b>27</b>
Ländliche Strukturen nicht vernachlässigen!	27
Für kommunale Versorgungszentren – Medizin für alle!	27
Pflege kommunal stärken:	28
Akzeptanzorientierte Drogenpolitik:	28
Unsere Forderungen im Überblick:	28
<b>Kinder in den Mittelpunkt – nicht Profite</b>	<b>30</b>
Kinderarmut	30
Kita-Krise	31
Rechtsanspruch im Ganzttag richtig umsetzen	32
Jugendämter	35
Stadtentwicklung	36
Jugendbeteiligung	36
<b>Klima-, Umwelt- und Tierschutz - Die Lasten nicht auf die Ärmsten abwälzen.</b>	<b>37</b>
Klimafolgen abwenden – Menschen schützen	37
Schluss mit Konzernmacht: Energiewende für alle, nicht für wenige.	39
Wie eine sozial-ökologische Energiewende aussieht:	39
Gutes für alle: Regional, ökologisch, bezahlbar	41
Schützt die Natur – rettet die Arten!	42
Jedes Leben zählt – konsequenter Tierschutz jetzt!	42

<b>Kultur</b>	<b>44</b>
Kulturelle Angebote müssen allen zugänglich sein	44
Beibehaltung und Stärkung der bestehenden Angebote	44
Museen und Kulturdenkmäler – Gegen Geschichtsvergessenheit!	45
Vielfältige kulturelle Angebote fördern	45
Kein Stopfen von Haushaltslöchern mit außerordentlichen Zuwendungen	45
<b>Mobilität für alle!</b>	<b>47</b>
Straßenverkehr	47
Schienenverkehr	48
ÖPNV	49
Rad- und Fußverkehr	52
<b>Migration - Integration durch Arbeit – Sprache, Qualifikation und Perspektive verbinden</b>	<b>53</b>
Rassismus in Behörden erkennen und wirksam bekämpfen	55
Eine humane Flüchtlingspolitik mit menschenwürdiger Unterbringung	57
<b>Ordnung/Sicherheit</b>	<b>60</b>
Ordentlich entwaffnen – Vertrauen schaffen!	60
Armut entkriminalisieren!	60
Entschlossen gegen Polizeigewalt!	61
Prävention statt Überwachung	61
Gewaltprävention verankern – verpflichtende Awareness-Konzepte	62
<b>Stadt- und Landplanung gerecht gestalten – für heute und morgen</b>	<b>64</b>
Die Gestaltung unserer Städte gehört in die Hände der Bürger:innen	64
Bewegung statt Stillstand	64
Keine Leichtfertigkeit bei privaten Investor:innen:	65
Für eine nachhaltige Gestaltung unserer Städte:	65
Leerstand bekämpfen, Räume schaffen:	66
<b>Queerpolitik im Kreis Minden- Lübbecke</b>	<b>68</b>
<b>Sport stärkt Gemeinschaft</b>	<b>69</b>
Vor Ort. Gemeinsam. Solidarisch.	69
Im Kreis: Öffentliche Bewegung stärken – Inklusion fördern	69
Ehrenamt am Limit – wir kämpfen für echte Anerkennung!	70
Bewegung für alle	70
<b>Inklusion - Selbstbestimmung und Teilhabe - für eine inklusive Gesellschaft</b>	<b>72</b>
Wir treten auch vor Ort entschieden für eine vielfältige Gesellschaft ein!	73
Ein gutes Leben für alle!	73
Inklusion in Bauen, Wohnen und Verkehr:	74
Bildung, Kultur und Arbeit:	75
Gesundheit und Pflege:	75
Beratung, Kommunikation und Information:	75
<b>Wirtschafts- und Finanzpolitik muss den Menschen dienen!</b>	<b>77</b>
Stärkung einer sozialen, kommunalen Wirtschaft	78
Stärkung der kommunalen Finanzen	78
Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge	79
Abbau der kommunalen Altschulden	80

## **Wohnen ist Menschenrecht, keine Ware**

**81**

Mietenwahnsinn stoppen – Mieter:innen stärken

81

Soziale Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben

83

Gemeinwohl vor Profit: Für eine neue Wohnungspolitik

83

Niemand darf ohne Zuhause sein

85

# Holen wir uns den Mühlenkreis zurück.

## **Für eine lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommune**

Wir, die Linke in Minden-Lübbecke, stehen für eine Kommunalpolitik, in welcher wir den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Wir machen uns stark für eine sozial gerechte, friedliche, lebenswerte und klimaneutrale Kommune, in denen alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. Unser Ziel ist es, gut bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie, barrierefreie Mobilität für alle zu gewährleisten.

Der internationale und der nationale Trend geht zunehmend nach rechts. Solidarische Kräfte, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen einsetzen, geraten mehr und mehr unter Druck. Dieser Trend gefährdet unsere Zukunft, ganz besonders die kommender Generationen. Hinzu kommt die Gefahr für die Demokratie selbst. Die Ziele der anderen Parteien vergrößern die Konflikte und Spannungen zwischen arm und reich, Jung und alt, den Geschlechtern, Natur und Mensch sowie den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Nicht selten bereichern sich manche Akteure selbst und erschüttern damit das Vertrauen in die Demokratie und die Politik. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen, und stehen für eine Politik, die die Schwächsten schützt, der Mehrheit dient statt einer kleinen Elite. Der Mensch, seine Rechte und seine Würde stehen für uns im Mittelpunkt – die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

Soziale Gerechtigkeit steht im Fokus unserer gesamten Politik. Soziale Themen verdienen unserer Ansicht nach mehr, als in ein einzelnes Kapitel abgeschoben zu werden, sondern wir betrachten alle kommunalpolitischen Themen unter diesem Aspekt.

Wir versuchen das Vertrauen der Einwohner:innen in die Politik wieder zurückzugewinnen, das andere leichtfertig verspielt haben.

In der vergangenen Wahlperiode haben unsere Kommunalpolitiker:innen auf vielen Ebenen bewiesen, dass sie Kommunalpolitik im Sinne der Menschen machen.

Wir haben uns für die Anliegen von Personengruppen, die sonst keine Stimme im Parlament haben, stark gemacht. Wir haben uns für Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt und uns gegen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Sport gewehrt.

Unsere Partei und die Mitglieder in den parlamentarischen Gruppen und Fraktionen sind die erste Anlaufstelle für Menschen, die Veränderungen wollen, aber auch für Menschen, welche sich von der herrschenden Politik allein gelassen füh-

len. Sie finden bei uns nicht nur Rat und Hilfe in Alltagsfragen wie bei der Arbeitsgruppe „Die Linke hilft“, sondern auch eine Möglichkeit, sich zu organisieren und politisch mitzugestalten.

Gelebter Antifaschismus ist Teil unserer DNA und findet jeden Tag statt. Gemeinsam mit Friedensgruppen, den Gewerkschaften oder auch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist:innen (VVN-BdA) leisten wir Widerstand gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche. Wir unterstützen das friedenspolitische Engagement auf kommunaler Ebene und machen uns dafür stark, dass unsere Kommunen Friedensbündnissen beitreten.

Die Klimakrise ist eine der zentralsten Herausforderungen unserer Zeit. Die Folgen der Erderwärmung treffen vor allem jene am meisten, welche am wenigsten dazu beigetragen haben: Menschen, die in dicht bebauten Vierteln mit schlecht isoliertem Wohnraum leben, alte und pflegebedürftige Menschen, Menschen, die körperlich und im Freien arbeiten. Sie alle sind darauf angewiesen, dass es eine Politik gibt, die sie vor Hitze und Unwetter besser schützt. Das bedeutet: besseres Wassermanagement, Schattenzonen und Hitzeschutzräume in den Städten, neben Klimaschutz werden auch Klimaanpassungen immer wichtiger. Mit der Ausarbeitung von Maßnahmen im Kreis Minden-Lübbecke unter dem Begriff „Klimakreis“ sind bereits einige wichtige Maßnahmen in Angriff genommen worden. Diese gilt es, aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Unsere Politik ist nicht hauptsächlich für jene Privilegierten, die sich in ihrem Konsum nicht einschränken müssen. Wir engagieren uns für alle, die im Alltag auf funktionierende Kitas und Schulen, Straßen, Busse, Krankenhäuser und Pflegedienste angewiesen sind.

Die zentrale Aufgabe der Kreis-, Stadt- und Gemeindeplanung muss sein, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Das heißt, dass Kultur, Bildung, Pflege- und Gesundheitsversorgung für alle zugänglich und gut ausgebaut sein müssen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der Solidarität und Zusammenhalt gelebt werden und in der jede:r die Möglichkeit hat, ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu führen.

Für diese Vision bedarf es Geld. Doch die neoliberale Politik der Bundes- und Landesregierung weist den Kommunen zwar zunehmend mehr Aufgaben zu, stellt aber die Finanzierung nicht sicher. Im Gegenteil: mit ihrer „Sparpolitik“ belasten sie die Kommunen zusätzlich durch Kürzungen und lassen zu, dass die Infrastruktur immer schlechter wird. Das erschwert es den Kommunen ihre Aufgaben im Interesse der Bevölkerung zu erfüllen. Die Linke im Kreis Minden-Lübbecke steht für starke, selbstbewusste Kommunen und einen staatlich finanzierten Altschuldenfonds, der verhindert, dass Städte und Kreise erneut in die Haushaltssicherung geraten und damit ihren Handlungsspielraum verlieren.

Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von Umverteilungen von unten nach oben und von Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Weil unsere Kommunen nicht ausreichend finanziert werden, sehen manche in Politik und Verwaltung die Lösung in der Privatisierung.

Dazu sagen wir Nein! Öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben, um sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht den Profitinteressen privater Unternehmen.

Die Privatisierungen führen häufig zur Verschlechterung der Qualität und Zugänglichkeit von Dienstleistungen. Außerdem begünstigt die Privatisierung die Entstehung schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse, weil private Unternehmen Gewinne maximieren und die Kosten senken wollen. Deshalb müssen öffentliche Aufträge an private Unternehmen an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie Tarifverträgen gebunden werden.

Öffentliche Dienstleistungen sind zentral für soziale Gerechtigkeit, sie ermöglichen allen Menschen, unabhängig von Einkommen oder sozialem Status, den Zugang zu grundlegenden Angeboten wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder öffentlichem Nahverkehr. Privatisierungen mögen auf den ersten Blick Einsparpotenziale versprechen, führen langfristig aber oft zu höheren gesellschaftlichen Kosten: private Anbieter verlangen in der Regel höhere Gebühren und investieren weniger in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur.

Ohne einen grundlegenden Kurswechsel bleibt die Vision lebendiger und lebenswerter Kommunen unerreichbar. Deshalb braucht es eine starke Vertretung von Die Linke, um notwendige Veränderungen anzustoßen. Ein sozialer, gerechter und zukunftsfähiger Kreis Minden-Lübbecke und seine Kommunen entsteht nur mit einer Politik, die den Gemeinden mehr gibt als bloßes Überleben, sondern echte Perspektiven.

Manche unserer Forderungen sind in den Kommunen des Kreises oder auch im Kreis selbst ganz oder teilweise bereits umgesetzt. Unser Ziel ist es, diese Visionen weiterzuentwickeln und flächendeckend umzusetzen. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die angespannte Haushaltsslage vielerorts den Druck erhöht, Sparmaßnahmen durchzusetzen, die bereits zuvor eingeleitete und umgesetzte Forderungen gefährden könnten. Diese gilt es jedoch zu verteidigen.

**Ohne eine starke Linke keine lebendigen Kommunen!**

# **Antifaschismus im Kreis Minden-Lübbecke leben und organisieren!**

Die zunehmende Bedrohung durch rechtes Gedankengut ist leider auch im Kreis Minden-Lübbecke festzustellen. Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft sowie mit verschiedensten Lebensstilen sind von den Auswirkungen rechtsextremer Hetze und Gewalt und damit einhergehender Ausgrenzung betroffen. Sowohl die jüngsten Wahlergebnisse der AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten als auch rechtsnationalistische bis neonazistische Kundgebungen, die in Minden-Lübbecke und den umliegenden Landkreisen stattfinden, zeigen, dass sich Vertreter dieser Ideologien immer mehr trauen, sie offen zur Schau zu stellen. Auch jüdisches Leben in unserem Kreis ist seit dem 07. Oktober gefährdet wie schon lange nicht mehr.

Der Einsatz für die Gleichberechtigung aller Menschen und der Zusammenhalt gegen rechtsextreme Gewalt im Kreis sind unsere größten Ressourcen gegen die Ausbreitung und Verharmlosung rechter Hetze und rassistischer Anfeindungen jeglicher Art. Als sozialistische Menschenrechtspartei sind Bekenntnisse zum Antifaschismus für uns keine Lippenbekenntnisse in Sonntagsreden.

Antifaschismus ist Handarbeit und wird von uns und großen Teilen der Zivilbevölkerung tagtäglich gelebt: in den digitalen Medien, in den Unternehmen, den Gewerkschaften, auf der Straße; überall dort, wo rechte Kräfte Einfluss zu gewinnen versuchen, stellen wir uns konsequent dagegen und gebieten dem Faschismus Einhalt. Während für einige bürgerliche Parteien die klare Abgrenzung von rechtsextremen Tendenzen spätestens dort aufhört, wo sich die Findung freiheitlich-demokratischer Mehrheitsverhältnisse schwierig gestaltet und ihre Brandmauern ins Bröckeln geraten, bleiben wir standhaft. Wir stellen uns hinter zivile Initiativen wie „Bad Oeynhausen ist bunt“ und „Lübbecke zeigt Gesicht“, wir arbeiten niemals mit der AfD zusammen, werden keinen Anträgen der AfD zustimmen oder ihnen die Hand reichen.

## **Unsere Grundsätze: Konsequent und unmissverständlich gegen Rechts**

1. Die Brandmauer steht: Es gibt für uns keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen rechten Kräften. Weder durch gemeinsame Anträge, noch durch die Unterstützung von ihnen ausgehender Initiativen oder durch sonstige Kooperationen. Jede Annäherung normalisiert rechte Positionen und untergräbt die Demokratie.

2. Antifaschismus ist Handarbeit: Wirksamer Antifaschismus entsteht nicht durch Verordnungen allein, sondern durch die tägliche Arbeit von Initiativen, Vereinen und engagierten Bürger:innen. Unsere Aufgabe ist es, diese Arbeit politisch zu unterstützen, finanziell abzusichern und zu vernetzen.
3. Aus der Geschichte lernen: Der Kampf gegen den heutigen Rechtsextremismus ist untrennbar mit der aktiven Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus verbunden. Eine lebendige und dezentrale Erinnerungskultur ist die beste Prävention, damit sich Geschichte nicht wiederholt.
4. Frieden und Antifaschismus verbinden: Wir stellen uns konsequent gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Nationalismus und Rassismus sind der ideologische Treibstoff für Kriege. Daher gilt für uns: "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehört zusammen!".

## **Keine Öffentliche Vereidigung der Bundeswehr am Kaiser-Wilhelm-Denkmal Porta Westfalica**

Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica ist nicht nur eines der bedeutendsten Nationaldenkmäler Deutschlands. Es ist auch ein Denkmal mit deutscher Geschichte, aus der große historische Verantwortung hervorgeht. Die Geschichte Preußens, des Kaiserreichs und Kaiserkults war wegbereitend für den Ersten Weltkrieg. Ein brutaler Militarismus in Deutschland sowie der Großmachtanspruch mit seinem gigantischen Rüstungswettlauf unter Wilhelm II und Bismarck rissen die Welt in einen grausamen Krieg.

Die Linksfraktion im Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat beharrlich gefordert, dass diese historische Verantwortung herausgearbeitet und vermittelt werden muss.

Dieses Gedenken ist aus unserer Sicht bis heute nur in wenigen Teilen gelungen. Mit Entsetzten mussten wir der Lokalpresse sowie Meldungen auf WDR 2 entnehmen, dass Mitte März 2025 am Kaiser Wilhelm Denkmal eine öffentliche Vereidigung der Bundeswehr stattgefunden hat.

Eine solche militaristische Zeremonie ist absolut geschichtsvergessen und diesem Ort in keinsten Weise angemessen. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Kriege und Krisen und der aktuellen globalen Aufrüstung liegt es in unserer Verantwortung, diesen Ort als Gedenkort und Ort des Mahnens zu würdigen.

Die friedliche Nutzung und friedensstiftende Umdeutung dieses Ortes ist insbesondere wegen der rechtsextremen Vereinnahmung des Denkmals von immenser Bedeutung. Seit Jahren sind rechtsextreme Gruppierungen dort sichtbar. Für sie ist das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica ein wichtiger Symbolort, an dem sie sich immer wieder inszenieren.

Die Linke setzt sich auf allen Ebenen gegen Geschichtsvergessenheit und konkret gegen öffentliche Vereidigungen am Denkmal in Porta ein.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Einrichtung einer kreisweiten, unabhängigen Antidiskriminierungs-beratungsstelle
- Einrichtung von kreisweiten Aktionswochen gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Schließung von Lücken im Gedenken der nationalsozialistischen Vergangenheit:
- Einrichtung eines Dokumentationszentrums zur nationalsozialistischen Vergangenheit des Lübbecker Landes in der ehemaligen „Gauschulungsburg“ und die Gründungsgeschichte der heutigen Stadt Espelkamp
- keine öffentlichen Vereidigungen der Bundeswehr am Kaiser-Wilhelm-Denkmal
- Platzierung weiterer Stolpersteine in den Städten unseres Kreises
- Gründung eines kreisweiten Erinnerungsnetzwerks, mit digitaler Karte aller Gedenkorte
- Benennung von Straßen und Plätzen nach gegenwärtigen Opfern rechter Gewalt
- Einrichtung eines kreiseigenen Fonds für Demokratie und Vielfalt, um lokale Projekte und Initiativen effektiver unterstützen zu können
- Dem internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“ überall beitreten
- „Sichere Häfen“ überall - und konsequente Unterstützung der Forderungen der Seebrücke vor Ort

Wir setzen uns für eine Welt ein, die niemanden zurücklässt. Für eine Welt, in der der Reichtum der Wenigen nicht mehr auf dem Rücken der Vielen liegt. Für eine Welt, in der Solidarität kein leeres Versprechen ist, sondern gelebte Realität! Überall dort, wo Menschen Hass und rechte Hetze erfahren und entrechtet werden, kämpfen wir mit geeinter Stimme gegen jeglichen Faschismus und schaffen eine Kultur des Miteinanders.

**Zusammen gegen den Faschismus – Kein Vergeben, kein Vergessen, Alerta!**

# Armut bekämpfen – Für ein Leben in Würde für Alle!

Armut ist auch im Mühlenkreis längst keine Randerscheinung mehr. Das Märchen vom „Wohlstand für alle“ bleibt auch hier bei uns reine Fantasie.

Liegt die Armutsquote im Kreis noch bei 14,30%, ist in Minden bereits jetzt jedes vierte Kind von Kinderarmut betroffen – das bedeutet Scham, soziale Ausgrenzung und das Gefühl, bereits im Kindesalter abgehängt zu sein. Diese Zahl ist kein Zufall, sie ist das direkte Ergebnis der unsozialen Politik der Landes- und Bundesregierung. Statt einer echten Entlastung sozial benachteiligter Familien gab es leere Versprechungen und Perspektivlosigkeit.

Derzeit liegt die Arbeitslosenquote im Kreis bei 6,6% und damit über dem Durchschnitt in Ostwestfalen-Lippe (OWL). 60% der Arbeitssuchenden sind dauerhaft auf Bürgergeld angewiesen. Armut scheint sich folglich auch bei uns zu verfestigen, während Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt. Gleichzeitig stieg die Zahl alter Menschen in Armut in den letzten vier Jahren um 23% auf fast 3000 Menschen.

Während die bürgerlichen Parteien die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben, indem sie Armutsbetroffene gegen andere benachteiligte Gruppen ausspielen, ist für uns klar: Die Linke ist die einzige politische Kraft, die diese Zustände nicht akzeptiert. Wir kämpfen für einen radikalen Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit und stellen die Menschen in den Mittelpunkt!

## Wohnen ist Menschenrecht

Während die Einkommen kaum steigen, bleiben auch in vielen Kommunen unseres Kreises die Mieterhöhungen nicht aus. Am Ende des Geldes bleibt für viele Menschen immer mehr Monat übrig.

Die Kosten der Unterkunft (KdU), die das Jobcenter als „angemessene“ Mietobergrenzen benennt, sind völlig realitätsfern und zwingen Menschen in unwürdige Verhältnisse oder einen Zwangsumzug. Das ist nicht weniger als ein absoluter Skandal.

### Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:

- Anpassung der KdU an den realen Mietspiegel – Übernahme von Wohnkosten in voller Höhe
- Niemand darf wegen falschen Angemessenheitsgrenzen sein Zuhause verlieren.

## **Energie für alle: Heizen darf kein Luxus sein**

In einem der reichsten Länder der Welt wird Menschen der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnung nicht bezahlen können. Das ist keine Politik, sondern Barbarei. Eine warme Wohnung und Licht sind Grundbedürfnisse und dürfen nicht zum Luxusgut werden. Die Linke stellt sich schützend vor die Verbraucher:innen und gegen die Profitgier der Energiekonzerne.

Auch im Kreis Minden-Lübbecke ist Energiearmut längst bittere Realität. Die Existenz einer Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW in Minden und die Notwendigkeit von Hilfsprogrammen wie dem "Stärkungspakt NRW" zur Abfederung explodierender Energiekosten beweisen dies eindrücklich. Doch diese Hilfen sind oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zeitlich befristet. Wir brauchen dauerhafte Lösungen.

Ein großes Problem ist die fehlende Transparenz. Niemand weiß, wie vielen Haushalten im Mühlenkreis tatsächlich der Strom oder das Gas gesperrt wird, weil die Stadtwerke und andere Versorger diese Zahlen geheim halten. Diese Geheimniskrämerei muss ein Ende haben!

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Strom- und Gassperren verbieten
- Einführung eines dauerhafter kommunalen Härtefonds
- Transparenz über Energiesperren – jährlicher öffentlicher Bericht über die Anzahl der angedrohten und durchgeführten Energiesperren

## **Soziale Teilhabe für Alle: Sozialpass statt Almosen!**

Viele Menschen brauchen ihr gesamtes Geld, um im Alltag über die Runden zu kommen. Für die Freizeit bleibt wenig bis nichts übrig. Der Besuch im Schwimmbad oder die Ausleihe eines Buches aus der Stadtbücherei wird zum unbezahlbaren Luxus. Armut bedeutet nicht nur einen Mangel an Geld, sondern oft auch einen Ausschluss aus dem kulturellen und sozialen Leben, und damit der Gesellschaft.

Durch einen Sozialpass kann dieser Zugang zum öffentlichen Leben wiederhergestellt werden – ÖPNV inklusive.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Umfassender Sozialpass
- Kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen für sozial benachteiligte Bürger:innen

## **Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen – Housing First statt Verdrängung**

Die extremste und sichtbarste Form von Armut ist Wohnungslosigkeit. Während die Politik wegschaut, sind es engagierte Ehrenamtliche, die den Betroffenen helfen. Das Netz der Tafeln, Kleiderkammern, Sozialvereine und -kaufhäuser im Kreis Minden-Lübbecke ist beeindruckend und verdient unseren größten Respekt. Doch dieses Netz ist bis zum Zerreißen gespannt.

Ein dramatisches Alarmsignal war der gemeinsame Spendenaufruf der Tafeln im Kreisgebiet im April 2022. Er hat gezeigt: Während die Zahl der Bedürftigen steigt, nimmt die Spendenbereitschaft ab. Das System, das auf Ehrenamt und Almosen basiert, stößt an seine Grenzen. Es ist ein Skandal, dass der Staat seine Verantwortung für die Grundversorgung der Ärmsten auf die Schultern von Freiwilligen abwälzt.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Verlässliche kommunale Finanzierung sozialer Infrastruktur – Tafeln, Wärmestuben und Beratungsstellen müssen auskömmlich finanziert werden. Grundversorgung darf keine freiwillige Leistung sein!
- Mehr Beschäftigte in Streetwork und sozialer Arbeit
- Mehr kostenlose und menschenwürdige Notunterkünfte
- Hierbei sollte auch darauf geachtet werden, Frauen und queeren Menschen Schutzräume zu bieten und auch die Mitnahme von Hunden zu erlauben
- Housing First umsetzen – eine eigene Wohnung als erster Schritt

## **Fazit: Für einen Kurs-wechsel – Gerechtigkeit geht nur mit links!**

Die Armut im Mühlenkreis ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis einer Politik, die die Interessen der Wenigen über die Bedürfnisse der Vielen stellt. Die Linke ist die einzige Partei, die sich dieser Entwicklung konsequent entgegenstellt. Wir lassen nicht zu, dass unsere Gesellschaft weiter gespalten wird.

### **Wir kämpfen für:**

- Gute Arbeit mit existenzsichernden Tariflöhnen statt prekären Beschäftigungsverhältnissen und Ein-Euro-Jobs, die Armut nur verwalten
- Bezahlbares Wohnen für alle durch konsequente Regulierung des Wohnungsmarktes und volle Übernahme der Wohnkosten für Bedürftige

- Energie als Grundrecht durch ein Verbot von Strom- und Gassperren und die Einrichtung eines kommunalen Härtefonds
- Volle soziale Teilhabe für alle Menschen durch Einführung eines umfassenden Sozialpasses
- Gelebte Solidarität mit den Schwächsten unserer Gesellschaft durch eine sichere Finanzierung der sozialen Infrastruktur und menschenwürdige Hilfe für Wohnungslose

Die Kommunalwahl ist eine Richtungsentscheidung. Es ist die Wahl zwischen einem "Weiter so" mit wachsender Ungleichheit und sozialer Kälte oder einem Neuanfang für ein solidarisches und gerechtes Miteinander im Mühlenkreis.

## **Wer Gerechtigkeit will, wählt die Linke**

# **Bildung gerecht und zukunftsfähig machen**

Bildung ist mehr als die Anhäufung von Wissen. Sie ist ein grundlegendes Menschenrecht und der Schlüssel zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, zur kritischen Auseinandersetzung mit der Welt und zur aktiven Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Für Die Linke geht Bildungspolitik daher stets mit Politik für soziale Gerechtigkeit einher.

Wir akzeptieren nicht, dass der Bildungserfolg eines Kindes im Mühlenkreis noch immer von der Postleitzahl des Elternhauses oder dem Geldbeutel der Familie abhängt. Wir wollen eine Bildungslandschaft, die niemanden zurücklässt und die besten Chancen für alle schafft – vom Kindergarten bis zum lebenslangen Lernen im Alter.

In den vergangenen Jahren wurde in den Kommunen des Kreises Minden-Lübbecke viel zu oft nur über Gebäude, Budgets und Verwaltungsakte gesprochen. Der Fokus lag auf der Verwaltung des Mangels, nicht auf der Gestaltung von Zukunft. Die Linke ändert das: Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt – die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die in unseren Bildungseinrichtungen leben, lernen und arbeiten. Unser Ziel ist es, die Aufgaben des Schulträgers mit einem Bildungsverständnis zu verbinden, das die Entfaltung aller Fähigkeiten und Fertigkeiten fördert.

## **Unsere Schulen: Investieren in Zukunft statt Verwalten des Mangels**

Die Gebäude, in denen unsere Kinder lernen, sind mehr als nur Mauern und Dächer. Sie sind Lern- und Lebensräume, die Kreativität, Gemeinschaft und Konzentration fördern, aber auch behindern können: Jahrzehntlang wurden viele Schulgebäude im Kreis Minden-Lübbecke wegen klammer Kassen vernachlässigt. Der daraus resultierende Sanierungsstau ist eine schwere Hypothek für die Zukunft unserer Kinder und eine tägliche Belastung für Schüler:innen und Lehrkräfte.

### **Sachstand: Der Investitionsstau an den Schulen im Mühlenkreis ist real**

Die aktuellen Maßnahmen basieren auf einer Schullandschaftsentwicklung, deren Grundlagen bereits 2018 beschlossen wurden, was die Dringlichkeit der Probleme unterstreicht. Diese Investitionen, so notwendig sie sind, zeigen auch eine tiefgreifende Ungleichheit innerhalb des Mühlenkreises. Während in Minden nun reagiert wird, haben Renovierungs- und Umbaumaßnahmen an Schulgebäuden in Lübbecke bereits stattgefunden bzw. stehen kurz bevor, während Rahden aufgrund beschränkter Kapazitäten auf alternative Räumlichkeiten ausweichen muss. Ein Flickenteppich, bei dem die Qualität der Lernumgebung vom Kassenstand der jeweiligen Gemeinde abhängt, ist unsozial und inakzeptabel.

Die Berechnung der Mindener Investitionen auf Basis der Baukosten von 2022 lässt zudem befürchten, dass die tatsächlichen Kosten – auch für Bauprojekte in den weiteren Kommunen – durch die Inflation noch erheblich steigen werden, was die Finanzplanung zusätzlich unter Druck setzt.

### **Moderne Schulgebäude für modernes Lernen**

Für Die Linke ist klar: Wenn wir investieren, dann richtig. Es reicht nicht, marode Bausubstanz zu ersetzen. Wir müssen Schulen schaffen, die den pädagogischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden.

#### **Das bedeutet:**

- Helle, luftige Räume, die Bewegung und Kommunikation fördern
- Multifunktionale Lernlandschaften statt starrer Klassenzimmer
- Ausstattung mit vielfältigen Materialien für differenziertes Arbeiten
- Räume für kleine und große Lerngruppen, konzentrierte Einzelarbeit, Forschungsprojekte und Werkstätten
- Bühnen für die gesamte Schulgemeinschaft

Dass dies keine Utopie ist, zeigt der Neubau der inklusiven Sekundarschule Am Wiehen in Minden-Häverstädt. Pädagogische Bereiche sind dort zusammenhängend

mit Differenzierungs- und Aufenthaltszonen gebaut, große Fensterfronten schaffen Sichtbeziehungen und ein Gefühl der Offenheit, und das gesamte Gebäude ist konsequent barrierefrei gestaltet.

Auch die Errichtung einer Schulsternwarte am Hiller Badensee zeigt, wie Lernorte bereichert werden können. Solche qualitativen Standards dürfen jedoch kein Privileg einzelner Neubauprojekte sein, sondern müssen zur verbindlichen Richtschnur für alle Sanierungs- und Baumaßnahmen im gesamten Kreisgebiet werden. Jedes Kind in Minden-Lübbecke hat ein Recht auf eine anregende und moderne Lernumgebung.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Städte: Verbindliche Qualitätsstandards für den gesamten Kreis**

- Masterplan „Schulbau 2035“ für alle 11 Kommunen
- Architektonische und pädagogische Mindeststandards („Mühlenkreis-Standard“) nach Vorbild der Sekundarschule Am Wiehen
- Innovative und öffentliche Finanzierungsmodelle nutzen
- Transparente und nachvollziehbare Vergabe der Investitionsmittel im Schulbau
- Priorisierung von Schulen in Städten bzw. Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen (Orientierung am Startchancen- Programm)
- Schulen als Ortszentrum: Doppelte Nutzung als öffentliches Zentrum des Stadt- oder Ortsteils – z. B. wie am Schulzentrum Wehden, welches die Begegnungsstätte und das Jugendbistro „Life House“ beherbergt

### **Eine Schule für Alle: Das gegliederte System überwinden, Chancen schaffen**

Das gegliederte Schulsystem, bei dem die Sekundarstufe I in Hauptschule, Realschule und Gymnasium getrennt wird, ist ein Relikt vergangener Zeiten. Zahlreiche Studien der letzten Jahrzehnte belegen, dass es soziale Ungleichheiten nicht verringert, sondern verstärkt. Es sortiert Kinder zu einem Zeitpunkt, an dem ihre Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, und zementiert Bildungswege, anstatt sie zu öffnen.

Die Linke kämpft für eine Schule für alle, in der Kinder länger gemeinsam lernen, sich gegenseitig unterstützen und individuell nach ihren Stärken und Bedürfnissen gefördert werden.

Anhand der Anmeldezahlen der Gesamtschulen im Kreis – etwa der Gesamtschule Hüllhorst und der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule – wird deutlich: Auch Eltern und Kinder legen Wert auf eine andere Schulstruktur. Der Wandel der Schullandschaft zeigt sich nirgends so deutlich wie im Westen des Kreises, wo mit der Haupt-

schule und der Realschule in Rahden im Jahr 2019 die letzten ihrer Art im Lübbecker Land geschlossen wurden. Seitdem bestehen dort ausschließlich Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien, auf die sich die Schüler:innen verteilen. Statt den Ausbau von Realschulen zu forcieren, brauchen wir mehr Gesamtschulen, Sekundarschulen oder eine stärkere Orientierung an der PRIMUS-Schule.

### **Besonders die PRIMUS-Schule vereint viele unserer Forderungen:**

- Längeres gemeinsames Lernen
- Inklusion als gelebte Praxis
- Individuelle Förderung statt Notendruck
- Qualitativ hochwertiger, teils gebundener Ganzttag

Wir fordern, das erfolgreiche Konzept der PRIMUS-Schule zum festen Bestandteil des Regelschulsystems zu machen.

Neben der Verbreitung anderer Schulformen brauchen wir auch weitere Maßnahmen, etwa kleinere Klassen mit 15 bis 20 Schüler:innen. Dies ist nicht nur pädagogisch sinnvoll, sondern notwendig, weil gesetzliche Obergrenzen von 29 oder 30 Kindern zu überfüllten Klassen in dicht besiedelten Gebieten führen, während andere Klassen klein bleiben – eine ungerechte Situation.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Elternwillen ernst nehmen: Kreis- weite Befragungen durchführen und Mitentscheidungsrechte im Schulgesetz verankern
- Förderung von Gesamt- und Sekundarschulen
- PRIMUS-Schule zum festen Angebot machen
- Druck auf die Landesregierung erhöhen, die Klassengrößen verbindlich zu senken: max. 20 Kinder in Grundschulklassen, 22 in Sekundarstufe I – besonders kleine Klassen in Schulen, die durch das Startchancen-Programm erfasst wurden
- Machbarkeitsstudie zur Einrichtung eines oder mehrerer Oberstufenzentren für breitere Kursangebote und engere Kooperation mit Berufskollegs

### **Digitalisierung und Bildung**

In den letzten Jahren hat sich in der Digitalisierung der Bildung viel getan: An den meisten Schulen wurde Technik angeschafft. Dennoch lastet diese zusätzliche Aufgabe oft allein auf den Lehrkräften.

### **Wir fordern:**

- Einstellung von Fachkräften für Systemadministration und IT-Support an Schulen, die ausschließlich für Wartung und technische Unterstützung zuständig sind
- Längere Nutzungsdauer angeschaffter Geräte, um Elektroschrott zu vermeiden (z. B. durch Installation lizenzfreier Betriebssysteme)
- Aufbau von Know-how an Schulen, auch durch Einbindung von Lehrkräften und Schüler:innen in die Reparatur von Geräten

Digitale Bildung muss mehr sein als nur die Nutzung von Tablets zum Lesen von Arbeitsblättern. Sie muss Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz, Rechte im digitalen Raum, Cybermobbing und Medienkompetenz umfassen.

Außerdem darf die Anschaffung von Geräten nicht zu einer Herstellerabhängigkeit führen. Stattdessen sollen Schüler:innen lernen, dass es eine breite Palette freier Software gibt.

Wir fordern, dass offene Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und proprietäre Plattformen reduziert werden.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen in der Digitalisierung**

- Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support an Schulen
- Recht der Lehrkräfte auf Weiterbildung zum Thema Digitalisierung
- Umfassende digitale Bildung, auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität, Medienkompetenz und Cybermobbing
- Keine Herstellerabhängigkeit an Schulen

**Die Linke Minden- Lübbecke – Bildung gerecht gestalten. Zukunft gemeinsam schaffen.**

# **Digitalisierung: Souverän, gerecht und sicher**

Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt, die nicht in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene Datenhoheit setzt. Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu und hat doch Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein Machtgefälle schaffen darf und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere Digitalisierung stärkt die Demokratie, anstatt sie zu untergraben.

## **Public Money – Public Code**

Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und Apple. Durch Abomodellen und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und Bund) in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer weiter Geld zahlen, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden.

Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das heißt, dass lizenzierte Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch quelloffene Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt MS Office.

Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigene Software entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für Spezialanwendungen zur Hand zu haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische Aufwand kann durch Kooperation der Kommunen, z. B. über die bestehenden kommunalen Verbände, für gemeinsame digitale Infrastruktur und Softwarelösungen bewältigt werden. Open Source bedeutet, dass sowohl Software als auch Quellcode frei zugänglich sind. Durch Quelloffenheit ergibt sich, dass von einer Kommune entwickelte oder verbesserte Software allen anderen zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit in Sachen digitale Infrastruktur und Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle Verwendung öffentlicher Gelder zum Wohle aller.

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen
- Weiterentwicklung von Open- Source-Lösungen
- Für die Verwaltung und die kommunalen Eigenbetriebe soll der Public Money – Public Code

Grundsatz herrschen und in der Beschaffungsordnung ein OSS- First-Prinzip verankert werden

- Rechenschaftsbericht der Verwaltung über die digitale Abhängigkeit von einzelnen Anbietern – konkrete Schritte, um den OSS-Anteil zu erhöhen
- Pilotprojekte an Schulen oder Abteilungen der Verwaltung – Umstellung auf Linux und LibreOffice statt Abhängigkeit von Microsoft und Apple

## **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer noch fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand sein. Der Glasfaserausbau in Minden-Lübbecke ist ein wahrer Flickenteppich, mit etlichen unterschiedlichen Anbietern des Glasfaserausbau. Für Bürger:innen ist es schwierig, durchzublicken, wie weit der Ausbau ist und welcher Anbieter für sie zuständig ist.

Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger:innendatenetze und Freifunk wollen wir unterstützen und fördern.

Smart-City-Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten sowie die verwendeten Hard- und Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht auf Basis von Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung vortreiben. Sie müssen für die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Ausbau der Netzinfrastruktur
- Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens

## **Digital einfach, persönlich erreichbar**

### **Der Mensch zählt, nicht der Klick**

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die für alle da ist. Digitale Angebote sollen den Alltag erleichtern, nicht verkomplizieren. Aber wir sagen auch ganz klar: Kein Mensch darf abgehängt werden! Das Recht auf einen analogen, persönlichen Kontakt zur Verwaltung - ob per Telefon, Brief oder im direkten Gespräch - ist für uns unantastbar. Datenschutz ist dabei kein lästiges Hindernis, sondern ein Grundrecht. Wir fordern strikte Datensparsamkeit: Es werden nur die Daten erhoben, die zwingend notwendig sind. Einwohner:innen behalten die volle Kontrolle über ihre Informationen.

Weiterhin streben wir größere Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Prozessen durch hybride Ausschusssitzungen, digitale Abstimmungsmöglichkeiten und transparentere Abstimmungen in Sitzungen an. Wenn Sitzungen nur in Präsenz stattfinden, grenzen sie eine große Personengruppe aus und geben der Mehrheit wenig Raum zur Beteiligung. Besonders in einem großen Flächenkreis wie Minden-Lübbecke mit miserabler Anbindung an den ÖPNV kann nicht erwartet werden, dass Menschen aus dem ganzen Kreisgebiet ins Kreishaus nach Minden fahren, um sich politisch einbringen zu können. Politische Partizipation darf kein Privileg von Wenigen sein, sondern ist ein Grundrecht.

### **Digitaler Flickenteppich und soziale Ungleichheit**

Die Realität der digitalen Bürgerdienste im Mühlenkreis ist ein Trauerspiel. Ein Flickenteppich aus Insellösungen führt zu einer digitalen Zwei-Klassen-Gesellschaft direkt vor unserer Haustür.

Einige wenige Kommunen preschen vor: Bad Oeynhausen hat schon 2019 eine Strategie beschlossen und bietet Online-Dienste von der Hundeanmeldung bis zum Kita-Portal mit Online-Bezahlung an. Dort ist sogar ein Chatbot im Einsatz, um einfache Fragen zu beantworten. Auch Minden macht kleine Schritte und testet die digitale Wohnsitzanmeldung. Dort wird auch die Ausländerbehörde auf die E-Akte umgestellt.

Diese vereinzelt Leuchttürme dürfen aber nicht blenden. Es gibt keine gemeinsame, kreisweite Strategie. Die Qualität des digitalen Angebots hängt vom Wohnort ab. Während man in Bad Oeynhausen schon einiges online erledigen kann, sieht es in

Lübbecke oder Petershagen mau aus. Und selbst in Minden klaffen riesige Lücken: Die Webseite des Bürgerbüros ist eine lange Liste von nicht funktionierenden Links - ein Denkmal für unvollendete Projekte. Anstatt eine gute Lösung einmal zu entwickeln und allen zur Verfügung zu stellen (nach dem Prinzip „Einer für Alle“), erfindet jede Kommune das Rad neu. Das ist ineffizient und schafft ungleiche Rechte für die Menschen im Mühlenkreis.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Ein Portal für alle – Schluss mit dem Flickenteppich. Wir fordern ein einziges, barrierefreies Online- Portal für alle elf Kommunen, das einfach zu bedienen ist. Der Kreis muss endlich seiner koordinierenden Rolle gerecht werden
- Recht auf analogen Zugang durch Beschluss des Kreistags als Satzung einführen
- Offensive für umfassende digitale Bildung – kostenlos, leicht zugänglich, für alle. Dieses Angebot muss zusammen mit Volkshochschulen, Bibliotheken, lokalen Akteur:innen wie dem Fachwerk Minden im ganzen Kreis geschaffen werden
- Soziale Digitalisierungspartnerschaften: Der Kreis soll gezielt mit sozialen Trägern wie der Diakonie Stiftung Salem zusammenarbeiten. So schaffen wir bei der Digitalisierung gute und inklusive Arbeitsplätze und stellen sicher, dass der Mensch im Mittelpunkt bleibt
- Digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen
- Hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- Datensouveränität für Bürger:innen
- Digitalisierung politischer Prozesse und Umstellung auf hybride Sitzungen

### **Transparenz ist die schärfste Waffe der Demokratie**

#### **Wissen ist ein Bürgerrecht!**

Eine lebendige Demokratie braucht informierte Bürger:innen und die Möglichkeit, Entscheider:innen zu kontrollieren. Transparenz ist kein Gnadentakt der Verwaltung, sondern ein fundamentales Bürger:innenrecht. Sie ist die beste Waffe gegen Korruption, Lobbyismus und Verschwendung und ist die Grundlage für Vertrauen in unsere Demokratie. Deshalb fordern wir: Macht die Rathäuser zu Glashäusern! Alle nicht-personenbezogenen Daten und Dokumente der Verwaltung sind ein öffentliches Gut. Sie müssen von sich aus - proaktiv, kostenfrei und verständlich - veröffentlicht werden.

## **Alibi-Transparenz statt echter Offenheit**

Im Mühlenkreis gibt es zwar Instrumente, die Transparenz vortäuschen, unserem Anspruch nach aber Hohn sprechen. Alle größeren Kommunen betreiben Ratsinformationssysteme. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber bei weitem nicht genug. Auch das Open-Data-Portal der Stadt Minden ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das Problem: Diese Systeme sind passiv und lückenhaft. Man muss schon wissen, wonach man sucht. Echte Transparenz bedeutet aber, dass die Verwaltung von sich aus die Karten auf den Tisch legt. Im gesamten Kreis fehlt eine verbindliche Transparenzsatzung, wie sie andere Städte längst haben. Eine entsprechende Satzung würde die Verwaltung verpflichten, Informationen von öffentlichem Interesse automatisch zu veröffentlichen: Verträge der Daseinsvorsorge, teure Gutachten, Subventionen und vor allem ein Lobbyregister, das die Treffen von Verwaltungsspitzen und Politiker:innen mit Interessenvertreter:innen offenlegt.

Ein Ratsinformationssystem zeigt die offizielle Tagesordnung und Niederschriften der vergangenen Sitzungen, in denen teilweise aus Sicht der DSGVO höchst fragwürdige Ansammlungen von Daten der Rats- und Ausschussmitglieder öffentlich verfügbar sind. Ein echtes Transparenzportal würde zeigen, welche Lobbyisten vorher bei wem im Büro saßen. Ein Open-Data-Portal liefert nackte Zahlen. Ein Transparenzportal liefert den millionenschweren Vertrag dahinter. Freiwillige Initiativen wie die des DRK Minden, das seine Finanzen offenlegt, zeigen, was möglich ist. Was dort freiwillig geschieht, muss für die öffentliche Hand zur Pflicht werden!

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

### **Transparenzsatzung für den ganzen Mühlenkreis:**

Wir fordern den sofortigen Erlass einer umfassenden Transparenzsatzung für den Kreis, die auch als Mustersatzung für die Kommunen dient. Diese Satzung muss eine proaktive Veröffentlichungspflicht für alle relevanten Informationen festschreiben,

### **Zentrales Transparenzportal**

Wir fordern ein zentrales, bürger:innenfreundliches Transparenzportal, das mehr ist als ein Datenfriedhof. Folgende Informationen müssen dort für alle verständlich und durchsuchbar veröffentlicht werden:

- Alle Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge (Müll, Wasser, Energie, ÖPNV)
- Alle vom Kreis und den Kommunen in Auftrag gegebenen Gutachten und Studien
- Alle Subventionen und Zuwendungen an Unternehmen und Organisationen

- Ein verbindliches Lobbyregister, das alle Treffen der Verwaltungsspitzen und Mandatsträger:innen mit Interessenvertreter:innen dokumentiert
- Die Nebeneinkünfte von leitenden Verwaltungsangestellten und Mandatsträger:innen.
- Wir fordern einen sensiblen Umgang mit persönlichen Daten in öffentlichen Niederschriften der Räte und Ausschüsse

## **Mensch vor Algorithmus: Klare Regeln für KI und „Smart City“**

### **Technologie muss den Menschen dienen!**

„Künstliche Intelligenz“ (KI) und „Smart City“ sind keine Zauberwörter, sondern oft nur Nebelkerzen für die Profitinteressen von Technologiekonzernen. Für uns gilt: Der Mensch muss immer die Kontrolle behalten. Jede neue Technologie muss einen klaren, gemeinwohlorientierten Nutzen haben. Wir lehnen Technologien ab, die zur Massenüberwachung führen, die Diskriminierung verstärken oder intransparente Entscheidungen treffen. Wir bestehen auf dem Prinzip der menschlichen Letztentscheidung. Kein Algorithmus darf allein über die Rechte eines Menschen entscheiden. Jeder Einsatz von KI in der Verwaltung muss transparent, nachvollziehbar und garantiert frei von diskriminierenden Vorurteilen sein.

### **Die Chance, Regeln zu setzen, bevor es zu spät ist**

Die Debatte um „Smart City“ und KI steckt im Mühlenkreis zum Glück noch in den Kinderschuhen. Im Gegensatz zu anderen Regionen, die sich schon teuren und problematischen Projekten verschrieben haben (z.B. flächendeckende Videoüberwachung), hat der Mühlenkreis noch keine Knebelverträge mit Tech-Konzernen abgeschlossen. Das ist unsere Chance! Wir können die Spielregeln definieren, bevor teure und undemokratische Fakten geschaffen werden. Wir können aus den Fehlern anderer lernen.

Der bisherige Umgang mit KI ist erfreulich kritisch. Die Stadtbibliothek Minden veranstaltet Workshops, in denen junge Menschen nicht nur die Möglichkeiten von KI wie ChatGPT ausprobieren, sondern auch kritisch über Risiken und ethische Fragen diskutieren. Das ist der richtige Weg: Aufklärung und Befähigung statt blinder Technikgläubigkeit. Die Debatten auf Bundes- und Landesebene bestätigen die Gefahren: mangelnde Transparenz, die Verstärkung von Vorurteilen und die Notwendigkeit klarer ethischer Leitplanken.

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Erlass einer „Charta für digitale Ethik“: Der Kreistag muss eine verbindliche Charta für den Einsatz von KI und Algorithmen in den Verwaltungen beschließen. Diese Charta schreibt fest:
  - Vorrang für einfache Lösungen: Wo immer es ohne KI geht, ist die Lösung ohne KI zu bevorzugen
  - Automatisierung von behördlichen Prozessen, aber ohne die Benutzung von KI
  - Transparenz- und Open-Source-Gebot: Jeder KI-Einsatz muss offengelegt werden. Der Quellcode und die Trainingsdaten müssen, soweit möglich, öffentlich sein
  - Garantierte menschliche Letztentscheidung: Es muss immer eine einfache und nachvollziehbare Möglichkeit geben, eine KI-Entscheidung von einem Menschen überprüfen und korrigieren zu lassen
  - Verbot von KI in sensiblen Bereichen: Der Einsatz von KI bei der Vergabe von Sozialleistungen, in der Strafverfolgung oder bei der Personalauswahl wird ausgeschlossen
- „Smart City“ - Moratorium mit klaren Bedingungen: Wir fordern ein Moratorium für alle „Smart City“ - Projekte (z.B. intelligente Laternen, Parkplatzsensoren). Solche Projekte kommen erst wieder auf den Tisch, wenn die „Charta für digitale Ethik“ verabschiedet ist und die Projekte nachweislich folgende Kriterien erfüllen:
  - Sie basieren auf Open-Source- Software und offenen Standards.
  - Die Datenhoheit liegt ausschließlich bei der Kommune.
  - Ein unabhängiges Gutachten belegt einen klaren gesellschaftlichen Mehrwert, der über reine Profitinteressen von Anbietern hinausgeht.

## **Konsequenter Schutz vor Cyberangriffen und Überwachung**

### **Unsere Daten schützen, nicht die Menschen überwachen!**

Digitale Sicherheit bedeutet für uns zweierlei: Erstens den Schutz unserer digitalen Infrastruktur und der Daten der Bürger:innen vor kriminellen Angriffen von außen (Cybersicherheit). Zweitens den Schutz der Freiheit der Bürger:innen vor staatlicher Überwachung von innen. Wir lehnen die anlasslose Massenüberwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras entschieden ab. Sie ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte, schafft ein Klima des Misstrauens und ist erwiesenermaßen wirkungs-

los bei der Kriminalitätsbekämpfung. Echte Sicherheit entsteht durch soziale Gerechtigkeit – nicht durch mehr Kameras.

### **Reale Gefahren und nutzlose Symbolpolitik**

Die reale Gefahr für unsere Kommunen lauert im Netz. Cyberangriffe können die gesamte Verwaltung lahmlegen. Investitionen in die Cyberabwehr, wie ein verpflichtendes Sicherheitskonzept (ISMS) und die Schulung von Mitarbeiter:innen, sind daher überlebenswichtig. Unser kommunaler IT-Dienstleister OWL-IT hat mit seiner Zertifizierung durch das BSI eine gute Grundlage geschaffen. Diese muss aber auch konsequent gelebt werden.

Während die Bedrohung real und digital ist, flüchtet sich die Politik oft in teure und nutzlose Symbolhandlungen. Das beste Beispiel ist der Bahnhof in Bad Oeynhausen. Dort wurden elf Videokameras installiert, um angeblich die Sicherheit zu erhöhen. Ein Medienbericht enthüllte 2018: Keine einzige dieser Kameras funktionierte – und das seit ihrer Installation im Jahr 2009. Hier wurden Steuergelder für eine reine Placebo-Maßnahme verbrannt, die null Sicherheit brachte, aber ein trügerisches Gefühl erzeugte. Dieser Fall entlarvt die ganze verlogene Logik hinter dem Ruf nach mehr Überwachung: Es geht um politische Symbolik, nicht um wirksame Politik.

Dabei setzt das Datenschutzrecht der Videoüberwachung ohnehin schon enge Grenzen. Wir sind nicht gegen Sicherheit, wir sind gegen freiheitsfeindliche und teure Symbolpolitik.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

Echte Cyberabwehr statt Überwachungs-Schnickschnack: Statt Geld für unwirksame Kameras zu verschwenden, müssen wir in die echte Sicherheit unserer Systeme investieren. Wir fordern den Ausbau der interkommunalen Cyberabwehr unter dem Dach von OWL-IT, eine gemeinsame „Cyber-Feuerwehr“ für den Kreis und regelmäßige, verpflichtende Sicherheitsschulungen für alle Beschäftigten in der Verwaltung.

Keine neuen Kameras auf öffentlichen Plätzen: Wir sprechen uns klar gegen jede neue Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze durch die Kommunen aus. Bestehende Systeme sollen überprüft und abgebaut werden.

# **Feminismus ist Grundbedingung für soziale Gerechtigkeit**

Gleichstellung ist keine Randnotiz – sie ist Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Frauen, trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen erleben täglich Diskriminierung: im Alltag, in Politik und Medien, im öffentlichen Raum und in Institutionen. Die Linke macht klar: Geschlechtergerechtigkeit braucht Mut zur Veränderung – und den politischen Willen, patriarchale Strukturen konsequent zu hinterfragen und aufzubrechen.

Ob in den Familien, in den Schulen oder im Gesundheitssystem – viel zu oft tragen Frauen und queere Menschen die Hauptlast gesellschaftlicher Missstände. Sie erfahren Gewalt, Unsichtbarkeit, strukturelle Benachteiligung. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Systems, das wir verändern wollen.

## **Gleichstellung bedeutet für uns:**

- Gleiche Teilhabe an Bildung, Politik, Kultur und öffentlichem Leben – ohne Barrieren
- Sicherheit und Schutz vor Gewalt – überall, jederzeit, für alle
- Sensibilisierung zu untypischen Täter:innenprofilen - jedes Opfer ist eins zu viel
- Zugang zu Beratung und selbst- bestimmter Lebensgestaltung
- Gute medizinische Versorgung – für junge Familien, Schwangere und alle, die auf Hilfe angewiesen sind
- Echte Beteiligung – Frauen, Mädchen und queere Menschen sollen mitgestalten können, nicht nur mitgemeint sein

Gleichstellung bedeutet nicht, jemanden zu bevormunden – sondern allen Menschen das gleiche Maß an Sicherheit, Chancen und Anerkennung zu garantieren.

## **Im Kreis Minden-Lübbecke: Schutz, Sichtbarkeit, Solidarität**

Im Kreis Minden-Lübbecke gibt es viele engagierte Menschen, die tagtäglich daran arbeiten, dass niemand übersehen wird – in der Familienhilfe, in der Pflege, in der Jugendarbeit. Doch sie brauchen Unterstützung, keine Hürden.

Die Frauenhäuser in Minden und Espelkamp wie auch alle anderen Beratungsstellen leisten wertvolle und unersetzliche Arbeit. Sie sind oft der einzig sichere Zufluchtsort

für Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Doch sie stoßen regelmäßig an ihre Kapazitätsgrenzen. Wir sagen: Ein sicherer Ort darf keine Glückssache sein. Deshalb braucht der Kreis mehr Schutzplätze, eine verlässliche und pauschale Finanzierung. Gleichstellung heißt auch Freiheit von Angst. Der Fokus auf Prävention, Bildung und eine klare politische Haltung ermöglichen Schutz von Anfang an.

Denn Gewalt beginnt nicht erst mit körperlichen Übergriffen. Sie beginnt mit Abwertung, Kontrolle, Isolation.

## **Konsequent handeln zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen**

Wir stehen zur Istanbul-Konvention. Das EU-Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen wurde zwar von Deutschland ratifiziert, die Umsetzung lässt allerdings zu wünschen übrig. Damit sich die Situation für Betroffene verbessert, muss sich auch auf kommunaler Ebene einiges ändern. Eine entsprechende Resolution in den Kommunalparlamenten schafft die Grundlage dafür, dass Prävention und Akutbetreuung konsequent ausgebaut und finanziell unterfüttert werden.

Unser Antrag im Rat der Stadt Minden dazu war erst der Anfang. Die Resolution zur Istanbul-Konvention wurde zwar beschlossen, aber die lange und zähe Debatte darum zeigt, dass Gewaltschutz für Frauen und Mädchen nicht den Stellenwert bekommt, den es braucht.

Wir wollen die Istanbul-Konvention in allen Städten sowie auf Kreisebene verankern. Wir fordern Handeln ein und setzen uns aktiv für den Schutz von Frauen und Mädchen ein, statt Maßnahmen auf den „Sankt Nimmerleinstag“ zu verschieben und in Ausschussdebatten im Kreis auf der Stelle zu treten.

### **Deshalb fordern wir:**

- Stärkere Aufklärung und Präventionsarbeit – in Schulen, Jugendeinrichtungen und durch niedrigschwellige Projekte, die früh sensibilisieren
- Mehr Schutzräume im Kreisgebiet – wohnortnah, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus, für Frauen, Männer und FLINTA\*-Personen
- Permanente, gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser – nicht über Tagessätze, sondern als Teil kommunaler Verantwortung
- Unabhängige Beratung – verlässlich und barrierefrei: Niemand soll scheitern, weil Angebote fehlen oder zu kompliziert sind
- Sichere öffentliche Räume: Mehr Beleuchtung, Notrufsysteme, gute Verkehrsverbindungen und Schutzkonzepte – damit alle angstfrei unterwegs sein können

- Eine konsequente kommunale Gleichstellungspolitik, die alle Geschlechter mitdenkt – auch inter\*, trans\* und nicht-binär
- Medizinische Versorgung sicherstellen: Wir setzen uns für wohnortnahe Gynäkologie, kostenfreien Zugang zu Verhütung für alle und Schwangerschaftsabbrüchen nach aktuellem medizinischen Standard ein
- Förderung feministischer Initiativen und Projekte, statt Kürzungen und Sparzwang
- Umsetzung der Istanbul-Konvention: Ausdrückliches Bekenntnis zur Istanbul-Konvention von allen Kommunalparlamenten mit der Verpflichtung, diese überall dort konsequent um- und durchzusetzen, wo entsprechende Handlungsspielräume identifiziert werden
- Klare Umsetzungsstrategien gegen häusliche Gewalt: Aktivitäten und Maßnahmen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie präventive Arbeit fördern und in einem stetigen Prozess verbessern. Dies im Einklang mit allen Akteur:innen der Stadtgesellschaft und bestehenden Strukturen
- Awareness-Konzepte für Veranstaltungen: verpflichtend ab 1000 erwarteten Besucher:innen (siehe Kapitel Ordnung und Sicherheit)

All das zeigt: Feministische Politik ist keine Nische – sie ist Daseinsvorsorge. Sie schützt, stärkt und schafft die Voraussetzungen für ein Leben in Würde und Sicherheit. Im Kreis Minden-Lübbecke wollen wir nicht länger hinnehmen, dass Schutz, Beratung und Teilhabe vom Wohnort abhängen. Es braucht mutige Entscheidungen, klare Prioritäten und eine Politik, die nicht nur redet, sondern handelt. Dafür stehen wir – solidarisch, verbindlich und feministisch.

## **Engagement anerkennen, Strukturen stärken**

Frauen und queere Personen sichtbar machen, ihre Stimme hören und ihre Leistungen anerkennen – das muss Alltag werden, nicht Ausnahme. Wer sich für Gleichberechtigung einsetzt, verdient Respekt, Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Mädchen und junge Frauen Vorbilder finden, die ihnen zeigen: „Deine Stimme zählt!"; eine Gesellschaft, in der Engagement für Gleichstellung nicht belächelt, sondern gewürdigt wird. Wir setzen uns dafür ein, das Wirken von Frauen und queeren Menschen in Kultur, Politik, Wirtschaft und Alltag endlich sichtbar zu machen – und all jene zu stärken, die diese Veränderung mit Mut und Haltung vorantreiben.

Minden als größte Stadt des Kreises hat eine lebendige Zivilgesellschaft und viele Orte, an denen Menschen füreinander eintreten. Doch gerade feministische Projekte und Unterstützungsangebote arbeiten oft unter unsicheren Bedingungen.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- Planungssicherheit für bestehende Projekte – Frauenberatungsstellen, queere Anlaufstellen und Schutzräume sollen langfristig abgesichert werden
- Räume für Mädchen und junge Frauen – Orte, an denen sie sich sicher und angenommen fühlen, sind unverzichtbar für Selbstbewusstsein und Entwicklung
- Zusammenarbeit statt Konkurrenz – Unterstützungsangebote sollen sich ergänzen, nicht gegeneinander kämpfen müssen
- Sicherheit im Alltag – durch sichere Wege, Nachtbusse und konkrete Schutzmaßnahmen
- Gleichstellung in allen Bereichen mitdenken – von Stadtplanung bis Bildungspolitik

Minden hat das Potenzial, eine Stadt zu sein, in der niemand sich verstecken muss – weil man gehört, gesehen und ernst genommen wird.

Während in Minden bereits wichtige Angebote wie Beratungsstellen oder Schutzräume bestehen, sieht es in vielen anderen Städten und Gemeinden im Kreis ganz anders aus. Wer in Petershagen, Hille oder Stemwede lebt, findet oft kaum Anlaufstellen – schon gar nicht in der Nähe.

Wir sagen: Gleiche Rechte und Schutz dürfen keine Frage der Postleitzahl sein. Feministische Politik muss überall dort wirken, wo Menschen leben – also auch in Rahden, Preußisch Oldendorf oder Lübbecke.

Denn Gleichstellung beginnt nicht im Bundestag oder in fernen Konzeptpapieren. Sie beginnt bei uns – direkt vor der Haustür: in der Kita, im Jugendtreff, im Wartezimmer, auf dem Nachhauseweg.

# **Gesundheit ist ein Menschenrecht!**

Über viele Jahre hinweg konnte der Kreis Minden-Lübbecke mit einer hervorragenden medizinischen Versorgung in den Städten und auf dem Lande aufwarten, die sich – bis heute – deutlich von der Versorgung der umliegenden niedersächsischen Nachbarlandkreise abhebt. Mit den Krankenhausstandorten in Minden, Lübbecke, Bad Oeynhausen und Rahden wurde dabei sowohl flächendeckend eine gute Grund- und Regelversorgung als auch stellenweise Spitzenmedizin gewährleistet. Aber auch unsere Gesundheitsinfrastruktur steht in Zeiten des Pfleger:innenmangels, der Krankenhausreformen von Land und Bund sowie klammer Kassen vor einem deutlichen Umbruch.

## **Ländliche Strukturen nicht vernachlässigen!**

Die Krankenhausreform in NRW hat eine Zentralisierung zum Ziel. Trotz Versprechen, die ländlichen Strukturen nicht zu vernachlässigen, merken wir schon jetzt, dass das Versprechen keinen Wert hat. Auch die Krankenhausreform des Bundes wirkt dem bundesweiten Krankenhaussterben nicht entgegen.

Vor Ort sind zwei neue Krankenhausbauten im Lübbecke Land (Espelkamp) und in Bad Oeynhausen geplant. Die Finanzierung dafür durch Landes- sowie Bundesmittel ist vollkommen unzureichend (Aufgabe des Landes), sodass der Kreis als Träger der Mühlenkreiskliniken (MKK) mindestens 60% der entstehenden Kosten für die beiden Neubauten selbst tragen muss. Diese Kosten werden über die Kreisumlage die einzelnen Kommunen des Mühlenkreises zusätzlich belasten. Wir als Linke im Mühlenkreis stehen zu allen 3 Standorten, da die Coronakrise deutlich gezeigt hat, dass alle Krankenhäuser im Kreis benötigt werden. Dies gilt auch für alle drei Kreißsäle an den jeweiligen Standorten. Wir setzen uns dafür ein, dass der ökonomische Druck von den MKK genommen wird, die Versorgung bedarfsgerecht und ihre Orientierung am Gemeinwohl gewährleistet ist.

## **Für kommunale Versorgungszentren – Medizin für alle!**

Außer Acht gelassen wurden insbesondere notwendige Strukturreformen im ambulanten und stationären Bereich. Wir fordern eine sektorübergreifende integrierte Bedarfsplanung bei der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten.

Der Mangel an Hausarztpraxen, die Wartezeiten auf Facharzttermine und die Überlastung der Pflegedienste tragen zu einer Unterversorgung bei.

Darum schlagen wir Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft dort vor, wo es nötig ist. Es gibt Kreise, die mit gutem Beispiel voran gehen. Es ist also machbar, wichtig und richtig! Ambulante, stationäre und notfallmedizinische Leistungen zu vernetzen liegt uns besonders am Herzen.

Mobile Arztpraxen, die Etablierung von Community Health Nurses (im Sinne von Pflegeexpert:innen als „Gemeindepflegeschwestern“), Fallmanager:innen, der Ausbau von Pflegeberatungsstellen und das Einbeziehen weiterer Akteure der Gesundheitsversorgung sind unsere Vorschläge und Ideen, für die wir uns einsetzen.

Armut macht krank – deshalb fordern wir, dass die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in großen Wohngebieten mit einer sozialen Beratung verknüpft wird, auch im Sinne einer präventiven Versorgung.

### **Pflege kommunal stärken:**

Pflege ist ein Menschenrecht. Sie muss würdevoll, gut erreichbar und für alle zugänglich sein – unabhängig vom Geldbeutel. Angehörige leisten bereits jetzt einen enormen Beitrag, oft unter großen persönlichen Belastungen. Das ist nur dann verantwortbar, wenn sie fachlich begleitet, entlastet und finanziell abgesichert werden. Wir setzen uns für eine solidarische Pflegeversicherung auf Bundesebene ein und wollen im Kreis kommunale Pflegeeinrichtungen und Unterstützungsangebote ausbauen, um allen Menschen eine gute Versorgung zu garantieren. Für uns gehören Pflegeeinrichtungen in die öffentliche Hand.

### **Akzeptanzorientierte Drogenpolitik:**

Wir wollen eine umfassende, gerechte und regulierte Drogenpolitik, die auf Aufklärung, Prävention und Hilfe statt auf Strafe setzt. Suchtprävention muss vor Ort stattfinden – und dabei auch die Verfügbarkeit von Alkohol kritisch hinterfragen. Ambulante Suchthilfe ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und muss entsprechend finanziert, gestärkt und für alle zugänglich sein.

### **Unsere Forderungen im Überblick:**

- Erhalt aller drei Krankenhausstandorte im Kreis Minden-Lübbecke (Minden, Lübbecke, Bad Oeynhausen) inklusive aller drei Kreißäle
- Ausreichende Finanzierung der geplanten Neubauten in Espelkamp und Bad Oeynhausen durch Land und Bund, um den Kreis finanziell zu entlasten
- Abbau des ökonomischen Drucks auf die Mühlenkreiskliniken (MKK) und Sicherstellung einer bedarfsgerechten, gemeinwohlorientierten Versorgung
- Sektorenübergreifende, integrierte Bedarfsplanung für ambulante, stationäre und notfallmedizinische Versorgung

- Aufbau kommunaler Versorgungszentren dort, wo Unterversorgung besteht
- Vernetzung von ambulanter, stationärer und notfallmedizinischer Versorgung
- Einführung mobiler Arztpraxen im Kreis
- Etablierung von Community Health Nurses (Pflegeexpert:innen/Gemeindefachkräften) zur wohnortnahen Versorgung
- Einsatz von Fallmanager:innen zur besseren Koordination der Versorgung
- Ausbau von Pflegeberatungsstellen im Kreis
- Einbindung weiterer Akteure der Gesundheitsversorgung in ein koordiniertes System
- Verknüpfung von medizinischer und sozialer Beratung in großen Wohngebieten zur Prävention und Unterstützung
- Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand
- Suchtprävention auf kommunaler Ebene
- Ambulante Suchthilfe finanzieren und ausbauen

# **Kinder in den Mittelpunkt – nicht Profite**

Kindheit in Deutschland ist noch immer eine Klassenfrage. Für viele Kinder wird bereits vor der Geburt ihre Zukunft vorentschieden. Abhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern, ihrer Bildung und ihrer Herkunft, entscheidet sich für ihre Nachkommen oft schon früh, in welche Richtung ihr Weg gehen wird. Chancengerechtigkeit bleibt für einen Großteil der Kinder in Deutschland ein leeres Versprechen von Politiker:innen.

Ohne dringend notwendige Investitionen in Bildung und gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe von Kindern, besonders aus einkommensschwachen Familien, bietet sich für viele dieser jungen Menschen statt Chancen nur Perspektivlosigkeit. Ein sozialer Aufstieg bleibt verwehrt, Heranwachsende werden stigmatisiert.

Als Linke werden wir diesen Missstand niemals ignorieren. Aus unserer Sicht sind die Probleme im Sozial- und Erziehungsbereich keine isolierten Phänomene, sondern Symptome einer chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge und einer Politik, die soziale Infrastruktur oft nach Marktlogik behandelt. Kinder sind unsere Zukunft und dürfen nicht den neoliberalen Interessen des Marktes zum Opfer fallen.

Als Linke stehen wir immer dafür ein, dass die Rechte von Kindern an erster Stelle stehen. So sehen wir auch frühkindliche Bildung als grundlegendes Recht eines jeden Kindes, unabhängig von der familiären Situation oder kommunalen Haushaltslage.

## **Kinderarmut**

Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale Einrichtungen sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche verzichten. Ein diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien unkompliziert ausgegeben werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Theater und andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte und Gemeinden in NRW zusammenarbeiten und ihre Berechtigungsnachweise gegenseitig anerkennen.

Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachtei-

lichten Familien aus. Wir brauchen dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder und Jugendliche.

## **Kita-Krise**

In unseren Kitas verschärfen Personalmangel und eingeschränkte Angebote die Lage, während das Land seiner Verantwortung nicht gerecht wird und die Kommunen die Versäumnisse von Land und Bund ausbaden müssen. Dennoch müssen die Kommunen auf gewisse Standards achten: Bei der Vergabe an neue Kita-Träger sollte auf eine Tarifbindung für die Beschäftigten bestanden werden. Kitas sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem beschäftigt sind, sondern wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen Lernens, denn das beginnt nicht erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach deshalb auch für alle Kinder komplett gebührenfrei sein.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

#### **Defizitausgleich als Pflichtaufgabe definieren:**

- Die Kommunen müssen die Finanzierungslücken, die das Kinderbildungsgesetz reißt, vollständig schließen
- Soziale Infrastruktur hat Vorrang vor Prestigeobjekten oder der strikten Einhaltung von „Sparzielen“
- Ein kommunaler "Kita-Garantiefonds", der sicherstellt, dass keine Kita aus finanziellen Gründen schließen oder Stunden reduzieren muss

#### **Rekommunalisierung forcieren:**

- Stärkung der Kitas in öffentlicher Trägerschaft
- Wenn freie Träger insolvent gehen, sollte die Kommune die Einrichtungen übernehmen, anstatt sie privaten Investoren zu überlassen. Langfristiges Ziel ist ein stärkerer öffentlicher Sektor in der Kinderbetreuung
- Priorisierung kommunaler Trägerschaft bei Kita-Neubauten und Entwicklung eines Konzepts zur Übernahme von Einrichtungen in Notlage

#### **Gebührenfreiheit durchsetzen:**

- Langfristig muss das Ziel die vollständige Gebührenfreiheit für alle Kinder sein, um soziale Selektion zu verhindern. Die Kommune sollte dies offensiv vom Land einfordern und lokal zumindest die Geschwisterkindbefreiung ausweiten.

## **Rechtsanspruch im Ganzttag richtig umsetzen**

Ab dem 1. August 2026 haben alle Kinder ab der ersten Klasse einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz. Was für viele Familien eine dringend benötigte Entlastung und für Kinder eine große Chance ist, droht für die Kommunen im Mühlenkreis zu einer nicht zu bewältigenden Herkulesaufgabe zu werden. Die derzeitige Politik der Landesregierung agiert planlos und droht, diesen wichtigen bildungspolitischen Schritt durch unzureichende Vorbereitung zu entwerten. Die Landesregierung in Düsseldorf stiehlt sich aus der Verantwortung und wälzt die finanzielle Last auf die Kommunen ab.

Ohne eine sofortige und ehrliche Bestandsaufnahme droht der Rechtsanspruch 2026 mit Improvisation, Wartelisten und Qualitätsverlusten zu starten.

Die rechtliche Verankerung von Ganztagschulen stellt die Weichen für deren qualitative Ausgestaltung. Aktuell ist der neue Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in § 24 des Sozialgesetzbuchs (SGB) VIII geregelt. Jedoch fehlt eine umfassende Einbindung des Ganztags in das SGB VIII selbst. Eine solche Integration hätte weitreichende positive Folgen für die Qualität der Angebote.

Durch die Anwendung des SGB VIII würde beispielsweise das Fachkräftegebot nach § 72 greifen. Das wäre ein erheblicher Fortschritt, angesichts der oft fehlenden einheitlichen Qualifikationsstandards. Zudem würde die Notwendigkeit einer Betriebslaubnis gemäß § 45 die Träger zur Schaffung klar definierter konzeptioneller, räumlicher, fachlicher und personeller Voraussetzungen zwingen. Die Pflicht zur Qualitätsentwicklung und -sicherung nach § 79 SGB VIII würde diesen Prozess verstetigen.

Eine vollständige Regelung des Ganztags im SGB VIII würde zu nachweislich höheren Standards, mehr Qualität und einer Beseitigung konzeptioneller Missstände führen. Die gegenwärtige Praxis, Ganztagsangebote lediglich über Schulverordnungen zu steuern, ermöglicht dem gegenüber deutlich geringere Standards, als sie das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) vorsieht.

## **Jugendhilfeplanung nach §80 SGB VIII unter Einbeziehung des Ganztags**

Indem der Ganzttag in die Jugendhilfeplanung miteinbezogen wird, wird der Träger auch im Rahmen seiner Planungsverantwortung dazu verpflichtet, den quantitativen und qualitativen Bedarf festzustellen. Unter Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse aller Beteiligten - Eltern, Kindern, aber auch den Beschäftigten - kann der genaue Bedarf bestimmt werden. So kann ein wirklich inklusives, vielfältiges und gezielt abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet werden.

## **Mehr Kooperation zwischen Institutionen und Planungsgremien**

Indem man die Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung gemeinsam abstimmt und verknüpft, kann man dem Ganzttag den institutionellen Rahmen geben, den er braucht, um den Herausforderungen der aktuellen Zeit gerecht zu werden. Damit schaffen wir einen pädagogisch wertvollen Ort, in dem Kinder früh durch Chancengerechtigkeit an der Gesellschaft teilhaben können. Mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch braucht es jetzt dringend notwendige Investitionen in den Ganzttag, aber auch enge Kooperation mit der Schule, damit ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden kann, welches kein Kind zurücklässt.

Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII zwischen Schule und Ganzttag sollen Brücken zwischen den beiden oftmals parallel oder teils zueinander konkurrierend ablaufenden Institutionen schaffen, konzeptionelle Abstimmung von Prozessen einfacher gestalten und die Sichtbarkeit der Arbeit und Kompetenz der Beschäftigten der Ganzttagseinrichtungen aufwerten. Weiterhin kann der Ganzttag als Organisationsform nur pädagogisch erfolgreich sein, wenn die Beteiligten sich in enger Absprache in einem multiprofessionellen Team abstimmen. Dadurch entwickelt sich ein gemeinsames Bildungsverständnis. Unter diesen Bedingungen werden Kinder befähigt, sich einen moralischen Wertekompass für die gegenwärtige und zukünftige Welt zu erarbeiten. So erlangen Kinder Kompetenzen zur Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft und lernen in einer Wissens- und Arbeitsgesellschaft, die von Digitalität geprägt ist, zu agieren. Kinder können auf diese Weise für das Leben in einer Einwanderungsgesellschaft sensibilisiert werden und die Welt kann einen Schritt hin zu mehr Solidarität und Gerechtigkeit machen.

## **Sinnvolle Gebäudeplanung, statt Prestigebauten**

Statt millionenschwerer Neubauten, die sich später in der Praxis als ungeeignet präsentieren, sollten die Beschäftigten in den jeweiligen Einrichtungen in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Ihre Wünsche und Ideen sollen angehört werden und in der Planung von Anbau oder Neubauten berücksichtigt werden. Gebäude sollten relevante Gesundheits- und Arbeitsschutzaspekte berücksichtigen. Anpassungsmaßnahmen an die Klimakrise sollten bereits jetzt berücksichtigt werden, damit auch im Sommer noch in Ganzttagseinrichtungen gearbeitet und gelernt werden kann.

In die pädagogische Konzeption von neuen Räumlichkeiten sollten auch Kinder einbezogen werden, ihre Interessen und Bedarfe berücksichtigt werden.

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Investitionen in Qualität statt Minimalismus: Die räumliche und materielle Ausstattung der OGS muss hohe Standards erfüllen. Das Mittagessen sollte qualitativ hochwertig, gesund und für alle Kinder kostenfrei sein
- Ein kommunales Investitionsprogramm, das sicherstellt, dass OGS-Räume echte Bildungsräume sind und die Kostenfreiheit des Mittagessens durch kommunale Mittel subventioniert wird

## **Regionale Unterstützungssysteme**

Der Ganzttag braucht ein funktionierendes Unterstützungssystem, das den Kinderschutz berücksichtigt und auf regionaler Ebene fachlich und strukturell begleitet wird. Kommunale Beratungssysteme können dazu beitragen, Ansprechpartner:innen zu haben, die sich mit den Gegebenheiten der Region und der Schule auskennen und passende Begleitstrukturen schaffen können. Neben der konzeptionellen und pädagogischen Entwicklung sollten Ganztageseinrichtungen dabei unterstützt werden, ein institutionelles Kinderschutzkonzept zu erarbeiten und durchzusetzen. Das regionale Kinderschutzsystem sollte weiterhin gewährleisten, dass Kinderschutzverfahren an Ganztageseinrichtungen nach §8a SGB VIII durch „insoweit erfahrene Fachkräfte“ durchgeführt werden.

## **Echte Tariflöhne, statt Tariffucht**

Eine von der Gewerkschaft ver.di in Ostwestfalen-Lippe durchgeführte Umfrage zeichnet ein dramatisches Bild der Personalsituation im Offenen Ganzttag (OGS). Demnach gelten lediglich 41 % der Beschäftigten als Fachkräfte, wobei diese Zahl bereits durch die Anrechnung kurzer, halbjähriger Fortbildungen geschönt ist. Die Gewerkschaft kritisiert zudem, dass die Anerkennung von Vorqualifikationen oft willkürlich gehandhabt wird, beispielsweise die von Sozialassistent:innen. Selbst wenn Tarifverträge zur Anwendung kommen, variieren die Eingruppierungen von Träger zu Träger erheblich. Besonders problematisch ist die zunehmende Tariffucht vieler Träger, die selbst dann stattfindet, wenn sie in öffentlichen, von den Kommunen betriebenen Schulgebäuden tätig sind oder es sich sogar um kommunale Eigenbetriebe handelt.

Ein weiteres großes Problem ist die Gestaltung der Arbeitszeiten. Hier gibt es zwischen den einzelnen Trägern große Unterschiede: während manche Träger es den Beschäftigten ermöglichen, die Kinder auch im Unterricht zu begleiten, bieten andere Träger lediglich Arbeitszeiten am Nachmittag an. Diese sind extrem unattraktiv und bieten durch teilweise nicht vorhandene Tarifverträge kaum Spielraum zum Leben. Fast 60% der Beschäftigten aus der ver.di-Umfrage hatten Arbeitsverträge mit maximal 20 Stunden.

Hier bietet sich uns als Linke eine klare Forderung: Beschäftigte im Ganztage müssen auch attraktive Arbeitsmodelle bekommen, denn anders wird es keine Fachkräfte mehr geben, die sich vorstellen können, im Ganztage zu arbeiten. Tariftreue und Umsetzung von Arbeitnehmer:innenrechten darf niemals zu Mehrkosten für die Eltern führen.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Tariftreue und Qualifikation als Standard: Für den Ganztage dürfen nur Träger beauftragt werden, die ihr Personal nach TVöD SuE bezahlen. Es müssen hohe pädagogische Standards gelten, die ausreichend Fachpersonal erfordern
- Festschreibung von Tariftreue und einem hohen Fachkraft-Schüler-Schlüssel in den kommunalen Ausschreibungen und Verträgen für die OGS
- Festlegung von hohen pädagogischen Standards, damit der Ganztage auch nach 2026 keine Billiglösung bleibt
- Fachkräfte müssen die Möglichkeit haben, Verträge mit vielen Wochenstunden zu erhalten, indem sie die Kinder auch im Unterricht begleiten können

### **Jugendämter**

Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter die Beschäftigten so unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund ausüben können. Die Überlastung der Jugendämter ist ein Angriff auf den Kinderschutz und die Rechte der Beschäftigten. Wir stellen uns kompromisslos hinter die Forderungen der Gewerkschaften. Der Fachkräftemangel und die hohe Falllast im ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) sind politisch gewollt oder zumindest in Kauf genommen. Sie führen dazu, dass der Staat seiner Verantwortung im Kinderschutz nicht mehr gerecht wird und Beschäftigte ausbrennen.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Erhalt und Ausbau der Beratungsstellen der „frühen Hilfen“
- Erhalt und Ausbau von Streetwork und mobiler Jugendarbeit
- Verbindliche Personalbemessung durchsetzen: Wir teilen die Forderung von ver.di nach einer Obergrenze von 28 Fällen pro Vollzeitkraft
- Sofortige Anpassung des Stellenplans in den Jugendämtern (Kreis, Minden, Bad Oeynhausen, Porta Westfalica), um diese Quote zu erreichen – auch wenn dies eine Erhöhung der Personalkosten bedeutet. Kinderschutz ist nicht verhandelbar
- Offensive für bessere Arbeitsbedingungen: Die Kommunen müssen als attraktive Arbeitgeber auftreten. Dazu gehört mehr als nur die Bezahlung nach TVöD

- Einführung von kommunalen Zulagen für Beschäftigte im ASD, Finanzierung von regelmäßiger Supervision und die Erprobung von Modellen zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Berufe attraktiver zu machen
- Stärkung der Selbstverwaltung und Partizipation: Stärkung der Personalräte und Einbeziehung der Beschäftigten bei der Entwicklung von Entlastungskonzepten

## **Stadtentwicklung**

Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können, auch die jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht nur am Autoverkehr orientieren, sondern für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung, getrennten Radwegen und weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung, dafür aber mehr Grün- und Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen dazu besonders in benachteiligte Sozialräume und deren Aufwertung fließen.

## **Jugendbeteiligung**

Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden.

Es muss im Kreistag und den Stadträten selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können, müssen besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden.

## **Die Linke hilft, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist!**

# **Klima-, Umwelt- und Tierschutz - Die Lasten nicht auf die Ärmsten abwälzen.**

Der Klimawandel betrifft uns alle, doch seine Folgen treffen die Schwächsten am härtesten. Deshalb muss kommunale Politik Verantwortung übernehmen – ökologisch, sozial und solidarisch. Auch im Kreis Minden-Lübbecke leisten Städte und Gemeinden bereits Beiträge: Minden und Bad Oeynhausen nehmen beispielsweise am European Energy Award teil. Solche Ansätze wollen wir ausbauen und vernetzen.

Klimaschutz muss konsequent mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden. Wir setzen uns ein für eine Energieversorgung, die erneuerbar, dezentral, kommunal und ökologisch verantwortbar ist. Ziel ist die CO<sub>2</sub>-Neutralität der Kommunen bis spätestens 2035. Dafür braucht es klare Schritte, etwa:

- die Rekommunalisierung der Energieversorgung
- den massiven Ausbau lokaler erneuerbarer Energiequellen, die Förderung von Energiespeichern und nachhaltiger Mobilität

Alle kommunalpolitischen Entscheidungen – von Bauplanung über Verkehr bis zur Beschaffung – müssen auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit geprüft werden.

Vorhandene Klimaschutzkonzepte, Klimabündnisse und Projekte im Kreis müssen gestärkt, evaluiert und weiterentwickelt werden. Nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort gelingt der sozial-ökologische Umbau.

## **Klimafolgen abwenden – Menschen schützen**

Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden, wie mehr Bäume gepflanzt sowie Fassaden und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

Gegen Starkregenereignisse wie z. B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die Bevölkerung muss für die Gefahren sensibilisiert, Starkregengefahrenkarten angelegt, Frühwarnsysteme eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche Maßnahmen gegen Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden.

Bei Neubauprojekten und größeren Sanierungen sollen Rückhalteflächen, begrünte Mulden und Versickerungsmöglichkeiten verpflichtend eingeplant werden. Auch bestehende öffentliche Flächen wie Schulhöfe, Parkplätze oder Verkehrsinseln sollen bei Umbauten gezielt zur Regenwasseraufnahme umgestaltet werden.

Fließgewässer müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

Digitale Hochwasser- und Starkregenwarnsysteme müssen ausgebaut und mit Echtzeit-Informationen für die Bürger:innen ausgestattet werden. Die Vernetzung zwischen Rettungskräften, Kommunen und Anwohner:innen muss verbessert werden, damit im Ernstfall schnell und koordiniert reagiert werden kann. Warnungen müssen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Vorbildung oder Muttersprache – verständlich sein, indem sie in einfacher Sprache barrierefrei bereitgestellt werden, damit klar ist, welche Warnstufen welche Gefahr bedeuten und welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind. Gleichzeitig müssen Warnsysteme präziser werden, indem sie gezielt betroffene Gebiete statt ganze Landkreise informieren. Notfallpläne für besonders betroffene Gebiete sowie Aufklärungskampagnen und Schulungen sind notwendig, um die Bevölkerung für Gefahren zu sensibilisieren und konkrete Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

Die Roadmap Evolving Regions im Kreis sollte aufgegriffen werden und die Maßnahmen sollten immer unter den Gesichtspunkten der Generationengerechtigkeit und der sozialen Zugänglichkeit geprüft werden, damit Fördermaßnahmen nicht nur privatwirtschaftlichen Investor:innen dienen, sondern auch die arbeitende Bevölkerung davon profitiert.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft, wie z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser Einrichtungen werden ergriffen
- Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt, sofern sie noch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung angepasst sind
- Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie Baumkatastern in allen Kommunen ein
- Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen

## **Schluss mit Konzernmacht: Energiewende für alle, nicht für wenige.**

Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozial-ökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

## **Wie eine sozial-ökologische Energiewende aussieht:**

Wir fordern bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Einwohner:innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns dagegen, dass Personen, die sich die hohen Preise nicht mehr leisten können, der Strom durch den Energieversorger abgestellt wird.

Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand. Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwerfen, wie sie bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers versorgt werden.

Kommunen und der Kreis sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen. Der Kreis Minden-Lübbecke sollte daher seine RWE-Aktien verkaufen und das Geld in die energetische Sanierung des Kreises investieren.

Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO<sub>2</sub>-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen. Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.

Ziel unserer Politik ist die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen. Kommunen können das Solardachpotential-Kataster nutzen, um zu erkennen, wo geeignete Flächen für PV-Anlagen sind. Unsere Kommunen sollten das Ziel verfolgen, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt,

Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherr:innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

- Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.

Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohner:innen bis zum Juni 2028 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass dieser sozial verträglich gestaltet ist.

Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter:innen und

Eigenheimbesitzer:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter:innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir CO<sub>2</sub>-Preise im Wärmebereich ab.

Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die Menschen nicht allein lassen: Kein:e Normalverdiener:in darf durch Klimaschutz finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger:innen, Mieter:innen und Umweltverbände.

Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen bekommen den Heizungstausch mit bis zu 100 % bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel 82 % der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42 % der Kosten erstatten, inklusive des Tauschs der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten für das Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener:innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro pro Jahr aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst bezahlen.

## **Gutes für alle: Regional, ökologisch, bezahlbar**

Unser Ziel ist es, tierwohlorientierte, sozial-ökologische Landwirtschaft hier im Kreis zu stärken. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu. Die Linke unterstützt aktuelle kommunale Projekte zur Förderung der Biodiversität und Zugänglichkeit von Produkten aus ökologischer Landwirtschaft aus der Region. Unabhängig der Haushaltslage setzen wir uns dafür ein, dass diese Projekte weiter unterstützt werden und versuchen, in den Parlamenten zu erreichen, dass gute regionale Produkte auch im Supermarkt zugänglich sind und kein Privileg der Reichen sind.

### **Wie wir sozial-ökologische Landwirtschaft stärken und die Natur schützen wollen:**

- Feste Wild- und Insektenschutzstreifen auf größeren Ackerschlägen einrichten
- Kommunales Agrarland soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden
- Nicht verpachtete oder von der Kommune bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzräume umgestaltet werden
- Bestehende Pachtverträge sollen in den kommenden zehn Jahren entsprechend angepasst oder gekündigt werden
- Wir streben die Umstellung der Versorgung öffentlicher Kantinen, Schulen und KiTas auf vorrangig pflanzliche, ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel an
- Kommunale Wälder werden erhalten und als Mischwälder naturnah bewirtschaftet
- Teile der städtischen Wälder sollen der Natur überlassen werden
- Verkehrsinseln und verkehrsbegleitende Grünflächen werden so gestaltet, dass sie als Reproduktionstätten für Biodiversität dienen können
- Einrichtung von Flugkorridoren für Insekten und Leitsysteme für Kleintiere, um den Artenschutz zu fördern
- Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre Entsiegelung zu erreichen

## **Schützt die Natur – rettet die Arten!**

In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter im Mühlenkreis nun auch das Rebhuhn und der Kiebitz. Für die Erhaltung des Rebhuhns gibt es in Stewede seit letztem Jahr das Projekt „Rebhuhn retten – Vielfalt fördern!“. In unseren Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das Insektensterben muss aufgehalten werden. Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum Schutz und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört unter anderem:

- In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine Pestizide eingesetzt werden
- Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden
- Bestehende Biotope müssen verbunden werden
- Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für wandernde Arten anbieten
- Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden
- Die Ausbreitung invasiver Arten wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc. muss in ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten beobachtet und bewertet werden

Wir sehen, wie die Rückkehr des Wolfes die Meinungen spaltet. Die zunehmende Zahl von Rissen durch Wölfe stellt besonders kleinere Landwirte und Schäfer vor existenzbedrohende Probleme. Ihre Sorge ist berechtigt, weswegen es unser Ziel ist, sie dabei zu unterstützen, ihre Weiden mit wolfsabweisenden Maßnahmen auszustatten. Hierzu bietet der Kreis bereits Mittel an. Gleichzeitig bedeutet die Rückkehr des Wolfes auch einen großen Erfolg und eine Chance für den Artenschutz hier in der Region. Aus diesen Gründen stellen wir uns gegen Forderungen nach einem anderen Wolfsmanagement, welches auch die Entnahme von Wölfen ermöglichen würde. Der Wolf galt in Nordrhein-Westfalen für fast 200 Jahre als ausgestorben. Dass es jetzt wieder angesiedelte Wölfe im Mühlenkreis gibt, sollte als Erfolg gesehen werden und die örtlichen Landwirte und Schäfer unterstützt werden, ihre Tiere vor Wölfen zu schützen.

## **Jedes Leben zählt – konsequenter Tierschutz jetzt!**

Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt wurde, hat sich die Situation für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert.

Die Tierwelt insgesamt – insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden bis-her weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben unterworfen.

Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für linke Kommunalpolitik:

- Keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inklusive Ponykarussells auf Volksfesten
- Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen
- Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- Soziale Staffelung der Hundesteuer
- Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
- Erstellung eines Stadttaubenkonzeptes
- Keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- Beschränkung von insbesondere privatem Feuerwerk zugunsten von Tier- und Umweltschutz
- Ein generelles Nachtfahrverbot für Mähroboter

# Kultur

Die finanziell angespannte Situation der öffentlichen Haushalte – sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene – führt vielerorts zu Kürzungen und zur grundsätzlichen Infragestellung der Finanzierung kultureller Einrichtungen und Angebote auf lokaler Ebene. Entscheidungsträger argumentieren dabei häufig, die Streichung kultureller Angebote sei ein „notwendiges Übel“ – nicht zuletzt, weil viele dieser Angebote als sogenannte „freiwillige Leistungen“ gelten und daher zugunsten von Kürzungen in anderen Bereichen zur Disposition stehen.

Für Die Linke im Kreis Minden-Lübbecke steht fest: Eine lebendige, demokratische und für alle zugängliche Kulturlandschaft ist kein Luxusgut! Kulturelle Angebote dienen nicht nur dem Amüsement, sie erfüllen wichtige Funktionen im Bereich der (lokal)historischen wie auch der ästhetischen Bildung und des interkulturellen Austauschs. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist somit der Schlüssel zu gesellschaftlicher Toleranz und Zusammenhalt. Oder – um es mit Heinrich Böll zu sagen – „Wo die Kultur stirbt, beginnt die Barbarei“.

## Konkret fordern wir:

### **Kulturelle Angebote müssen allen zugänglich sein**

Wir setzen uns für kulturelle Teilhabe aller Bürger:innen im Kreis ein – unabhängig von Einkommen, Bildungsstand oder Herkunft. Deshalb fordern wir sozial gestaffelte Eintrittspreise sowie regelmäßige Tage mit kostenlosem Eintritt für alle Besucherinnen in sämtlichen Kultureinrichtungen des Kreises.

### **Beibehaltung und Stärkung der bestehenden Angebote**

Sowohl die Theater und Freilichtbühnen als auch die öffentlichen Medien- und Bibliotheken, Musikschulen, Museen (auch unter freiem Himmel) und Volkshochschulen im Kreis sollen dauerhaft über die notwendigen finanziellen Mittel zur Sicherung ihrer Angebote verfügen. Darüber hinaus halten wir eine stärkere finanzielle Förderung der freien Kulturszene durch Kreis, Kommunen, Land und Bund für unabdingbar.

## **Museen und Kulturdenkmäler – Gegen Geschichtsvergessenheit!**

Die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Tendenzen in Politik und Gesellschaft ist alarmierend: Immer lauter werden die Stimmen, die ein „Abschließen“ mit unserer Geschichte fordern, statt sich ihr mit kritischem Blick zu stellen. Für uns gilt: Geschichtsvergessenheit gefährdet unsere Gesellschaft und die freiheitliche Demokratie!

Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica und des Mindener Preußenmuseums ein. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung eines Dokumentationszentrums in der ehemaligen „Gauschulungsburg“ bzw. im „Church House“ in Lübbecke, das sich der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit des Lübbecke Landes widmet – insbesondere der Geschichte der „Heeresmunitionsanstalt Lübbecke“ im heutigen Espelkamp.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt und die Pflege der Mühlen im Kreis ein, die als „identitätsstiftende“ Kulturdenkmäler eine wichtige Rolle spielen. Diese möchten wir durch ihre Öffnung zu Orten des Austauschs und der Erlebbarkeit lokaler Geschichte weiter stärken.

Ein weiteres Anliegen ist uns die Bewahrung der Museumshöfe in Rahden und Bad Oeynhausen sowie des LWL-Museums „Glashütte Gernheim“ in Petershagen. Mit ihren interaktiven Ausstellungen bieten sie eindrucksvolle Einblicke in die Lebenswirklichkeiten vergangener Zeiten in unserem Kreis.

## **Vielfältige kulturelle Angebote fördern**

Wir setzen uns für die Fortführung und eine verstärkte Verbreitung interkultureller Begegnungsmöglichkeiten im Kreis ein. Offene Festivals wie das „Stemwede Open Air“ und der „Festivalkult“ in Porta Westfalica fördern Begegnung, Teilhabe und kulturelle Vielfalt. Wir unterstützen Initiativen, die solche Veranstaltungen organisieren, und fordern mehr finanzielle sowie organisatorische Unterstützung bei gleichzeitiger Reduzierung behördlicher Hürden.

Um zusätzliche Räume für Kunst zu schaffen, engagieren wir uns für die kostenfreie Bereitstellung von Proberäumen, Ateliers sowie Flächen für Graffiti und Ausstattungen in den Kommunen des Kreises.

## **Kein Stopfen von Haushaltslöchern mit außerordentlichen Zuwendungen**

Seit 2022 verfügt der Kulturausschuss der die Stadt Minden über einen Nachlass für kulturelle Zwecke. Der Umgang damit ist exemplarisch und zeigt die Unterfinanzierung der Aufgaben im Kultursektor.

Nach unserem Verständnis sollte mit einer solchen Zuwendung etwas Besonderes finanziert werden, was normalerweise nicht machbar wäre. Ideen hat Die Linke dazu früh im Gespräch mit der Verwaltung und Politik eingebracht. Insbesondere die Realisierung eines längst überfälligen Ortes für Kultur würde damit in greifbare Nähe rücken. Oder wenigstens eine Sammlung für zeitgenössische regionale Kunst, die auch der Freien Szene zu Gute käme.

Doch bereits 2024 wurde klar: der Nachlass wird verheizt, die Verwaltung stopft damit Haushaltslöcher. Das kritisiert die Linksfraktion scharf.

Die kommunalen Haushalte stehen mit dem Rücken zur Wand und die Politik übt sich mehrheitlich in Fatalismus oder noch schlimmer, in vorseilendem Gehorsam oder - am schlimmsten - in dem sie die unsägliche Falschmeldung verbreitet, wir hätten kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem und in der Folge wird bei den Schwächsten der Gesellschaft die Schuld gesucht.

Während die Zahl der Superreichen wächst, fehlen überall die Mittel für das Gemeinwohl. Museen, Theater und die Freie Szene sind zunehmend abhängig von Förderkulissen. Diese bieten keine nachhaltige Perspektive. Der Druck steigt, sich einer Marktlogik zu unterwerfen - das gefährdet die Freiheit der Kunst und die Teilhabe.

Dabei ist die Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft ist vielschichtig und zentral: Sie leistet einen immensen Beitrag bei Bildung, Integration und der Stärkung des Zusammenhalts. Deshalb ist es so wichtig, dass inklusive, niedrighschwellige Teilhabe gewährleistet wird. Das ist kein Luxus - wir können uns einen Verzicht an dieser Stelle schlicht nicht leisten.

Kulturelle Bildung und Teilhabe muss Pflichtaufgabe sein und kein Luxusleckerli, das man sich von der Zuwendung eines Nachlasses gönnt.

**Kultur ist kein Luxus – sie ist Teil eines guten Lebens für alle im Kreis Minden-Lübbecke!**

# Mobilität für alle!

Die Verkehrspolitik im Kreis Minden- Lübbecke steckt im Stau: Während Bund und Land weiter auf den Ausbau der Bundesstraßen und Autobahnen im Kreis setzen und damit noch mehr Verkehr auf den Autoverkehr und die Straße verlagern, leisten auch die Kommunen mit einer oft einseitig auf die Bedürfnisse von Autofahrer:innen ausgerichteten Verkehrspolitik ihren Beitrag zum drohenden Verkehrsinfarkt. Die Folgen dieser verfehlten Politik spüren die Menschen in unserem Kreis täglich, mit immer länger werdenden Staus auf den Hauptverkehrsachsen einerseits und vom ÖPNV nahezu abgehängten Kommunen andererseits.

Diese Verkehrspolitik ist nicht nur schädlich für die lokale Wirtschaft, die oft an feste Liefertermine gebunden ist, sie schädigt durch die hohe CO<sub>2</sub>- und Feinstaubbelastung auch das Ökosystem. Zudem trägt die einseitige Fokussierung auf den Autoverkehr dazu bei, dass Gruppen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht mit dem eigenen Auto fortbewegen können (Menschen ohne Führerschein und/oder eigenes KFZ; Menschen, die aus Altersgründen lieber auf das eigene Auto verzichten möchten; Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen) von der gesellschaftlichen Teilhabe abgeschnitten werden.

## Das wollen wir ändern!

**Der Kreisverband Minden- Lübbecke setzt sich für folgende Maßnahmen ein:**

### **Straßenverkehr**

Wir befürworten den Ausbau des ÖPNV auf Schiene und Straße und setzen uns gegen die Umsetzung der folgenden Straßenprojekte ein, die wir für verkehrspolitische Fehlentscheidungen halten:

### **B65n:**

Den geplanten Neubau der B65 als südwestliche Ortsumfahrung von Minden mit Fortführung als Ortsumfahrung von Teilen der Gemeinde Hille und der Städte Lübbecke und Pr. Oldendorf, wie er im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans geführt wird, lehnen wir aufgrund der einseitigen Betrachtung der Bedürfnisse des Straßenverkehrs, des hohen Flächenverbrauchs und der unverhältnismäßigen Eingriffe in die unmittelbar angrenzende schützenswerte Natur (Bastauwiesen, Großes Torfmoor, Trinkwasserschutzgebiet) ab. Es besteht die Gefahr, eine Parallelstrecke zur A30 zu schaffen, die zu einer zusätzlichen Belastung des Kreisgebiets durch verlagerten Fernverkehr führt.

## **B239n:**

Den im weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans geführten Bau einer östlichen Ortsumfahrung von Lübbecke in Form eines Tunnels durch das Wiehengebirge lehnen wir aus Gründen der einseitigen Betrachtung der Bedürfnisse des Straßenverkehrs ab.

## **B482:**

Den im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplan geführten vierspurigen Ausbau in Porta Westfalica lehnen wir aufgrund der zu erwartenden höheren Belastung der Anwohner:innen durch zunehmenden Verkehr (Lärm, Abgase, Feinstaub) ab.

### **Folgende Straßenprojekte befürworten wir ausdrücklich:**

- L777 (ehemalige Weiterführung der A30 in Bad Oeynhausen): Rückbau der L777 auf dem Stadtgebiet von Bad Oeynhausen zugunsten des Rad- und Fußverkehrs

Wir setzen uns für die Beruhigung des Straßenverkehrs durch Geschwindigkeitsreduzierungen an neuralgischen Punkten, wie Schulen und Kindertagesstätten ein. Als besonders gefährlich erachten wir die Verkehrssituation an der Straße „Am Esch“ in Lübbecke-Stockhausen, da es für Kinder keine sichere Möglichkeit der Straßenüberquerung bzw. keinen sicheren Weg zu den nahen Bushaltestellen gibt. Aus diesem Grund fordern wir an dieser Stelle genau wie an weiteren vergleichbaren Orten eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h.

## **Schiienenverkehr**

Wir setzen uns für den Ausbau des Schienenverkehrs zum Transport von Personen und Gütern ein. Konkret fordern wir:

### **Ravensberger Bahn (Bahnstrecke Bielefeld-Bünde-Lübbecke-Bassum):**

- Beteiligung des Kreises an einer Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Ravensberger Bahn zwischen Rahden und Bassum, um langfristig durchgehende Zugverbindungen von Bielefeld bis nach Bremen durch das Lübbeckcker Land zu ermöglichen
- Nutzung des zweiten Gleises in den Bahnhöfen von Lübbecke und Espelkamp, um weitere Zugkreuzungen zur Reduzierung von Zugausfällen, Verspätungen sowie Taktverdichtungen zu ermöglichen
- Taktverdichtungen während der Stoßzeiten sowie spätere Abfahrt des letzten Zuges ab Bielefeld (wochentags und am Wochenende)

### **Wittlager Kreisbahn (Bahnstrecke Bad Holzhausen-Bad Essen-Bohmte):**

Kreisseitige Unterstützung des Reaktivierungsvorhabens der Wittlager Kreisbahn für den Personen- und Güterverkehr für eine bessere Anbindung des Lübbecker Landes an den benachbarten Landkreis Osnabrück und den Fernverkehr in Vernetzung und Zusammenarbeit mit den betroffenen Nachbarkreisen.

### **Anbindung des Regio-Ports an die Bahnlinie Minden-Hannover**

Auf der Webseite des Regioports werden seit Jahren „Vor- und Nachläufe per Bahn und LKW“ beworben. Die Bahn ist auch zwingend nötig, um den Güterverkehr von der B482 auf die Schiene zu bringen. Das muss endlich umgesetzt werden, zumal der Port von Anfang an als trimodales Konzept angelegt war.

### **Ausbau der Bahnstrecke Hannover-Bielefeld**

Die Linke stellt sich hinter die Forderung der Bürger:inneninitiative BigTab und Widuland und kämpft an deren Seite für den trassennahen Ausbau der Bahnstrecke Hannover-Bielefeld. Den Neubau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke lehnen wir ab. Die Bestandsstrecken sollen ertüchtigt werden.

## **ÖPNV**

Wir befürworten den flächendeckenden Ausbau des ÖPNV auf Schiene und Straße im Sinne einer öffentlichen Grundversorgung, welche Personen aller Altersgruppen im Kreis zur Verfügung steht. Dabei stehen für uns folgende Aspekte im Fokus:

### **Flächendeckender Ausbau und Taktverdichtungen des bestehenden Angebots im ÖPNV auf Straße und Schiene:**

Viele Orte in unserem Kreis sind mit dem ÖPNV selbst zu Stoßzeiten unzufriedenstellend oder gar nicht erreichbar. Während die öffentlichen Aufgabenträger vor Ort diesen vermeintlichen „Status Quo“ akzeptieren und den Ausbau des ÖPNV trotz der Herausforderungen durch die alternde Gesellschaft nicht als Priorität sehen, ist es dem Engagement vieler Bürger:innen zu verdanken, dass Angebote im ÖPNV durch sogenannte „Bürgerbusse“ überhaupt gewährleistet werden. Wir begrüßen das Engagement dieser Bürger:innen ausdrücklich, allerdings darf es nicht als „Freibrief“ für die Kommunen gelten, sich ihrer Verantwortung, einen flächendeckenden und eng getakteten ÖPNV zu gewährleisten, zu entziehen.

### **Bessere Verknüpfung der Angebote des ÖPNV untereinander und mit weiteren Verkehrsträgern (bspw. Fahrrad, Fußverkehr etc.)**

Während der Bus gerade einfährt, ist der Zug bzw. der weiterfahrende Bus bereits abgefahren – so oder umgekehrt haben es viele Nutzer:innen des ÖPNV in unserem Kreis bereits erlebt. Enge Fahrpläne mit unrealistischen Umsteigezeiten machen die Nutzung des ÖPNV zu einem „Ärgernis“, welches viel Zeit verschlingt, um die Nutzer:innen schließlich im Regen oder der Kälte stehen zu lassen. Durch eine bessere Abstimmung der Fahrpläne untereinander könnte den Fahrgästen viel Ärger und dem Fahrpersonal Stress erspart bleiben.

### **Beibehaltung bestehender Sozialtickets für die Nutzung des ÖPNV durch finanziell benachteiligte Bürger:innen**

Das „Weser-Werre-Ticket“ ist eine Erfolgsgeschichte, die auf eine Initiative von Die Linke zurückgeht. Mit diesem Angebot im VVOWL-Gebiet des „Westfalen-Tarifs“ gelang dem Kreis Minden-Lübbecke und dem Kreis Herford ein Meilenstein auf dem Weg zu einer sozialverträglicheren Bepreisung der Tickets im ÖPNV. Unser Ziel ist die Beibehaltung dieser Errungenschaft zu erschwinglichen Preisen.

### **Konkret fordern wir:**

#### **Verdichtung der Taktungen der Linienfahrpläne der Regional- und Stadtbusse:**

Jeder Ort mit mehr als 100 Einwohnern im Kreis soll werktags von 5:00 Uhr bis 22:00 Uhr mindestens stündlich mit dem ÖPNV erreichbar sein, am Wochenende mindestens zweistündlich. Außerdem möchten wir die Einführung eines Nachtbusangebots – analog zum „Discobus“ im Kreis Herford – für das gesamte Kreisgebiet prüfen.

#### **Sinnvollere Linienführungen der Regional- und Stadtbusse:**

Gerade Regionalbusse sollen Orte, die nicht an den regulären Schienenverkehr angebunden sind, mit den Zentren der nächstgrößeren Städte verbinden – auch hier gibt es stellenweise deutlichen Verbesserungsbedarf. Die genauen Fahrwege der Buslinien sind durch sogenannte „Kurzläufer“, alternative Streckenführungen zu bestimmten Tageszeiten etc., zudem häufig nur eingeschränkt nachvollziehbar. Auch hier möchten wir eine Verbesserung erreichen. Negativbeispiele für Linienführungen von Stadtbussen lassen sich exemplarisch beim Stadtbus Lübbecke sowie beim Stadtbus Minden finden.

#### **Ausbau des Schnellbusnetzes im Kreis:**

Um größere Ortschaften, die nicht mit dem Schienenverkehr erreichbar sind, attraktiv an den ÖPNV anzubinden und Lücken im Schienennetz zu füllen, eignen sich Schnellbusse besonders gut, wie es die Beispiele des „S15“ zwischen Enger/Spence und Bielefeld sowie die geplante Schnellbusverbindung zwischen Bie-

Ifeld und Verl als Versuchsstrecken im Nahverkehrszweckverband Westfalen-Lippe (NWL) verdeutlichen. Der NWL bezuschusst die Einrichtung dieser Linien finanziell, wenn sie bestimmten Kriterien entsprechen. In unserem Kreis möchten wir die Förderfähigkeit von Schnellbussen auf folgenden Strecken überprüfen lassen:

- Pr. Oldendorf – Lübbecke – Hille - Minden (ggf. auch - Porta - Vlotho)
- Lübbecke – Stemwede – Lemförde (Lückenschluss zwischen den Bahnstrecken)
- Lübbecke – Hüllhorst – Bad Oeynhausen

### **Situation im Lübbecke Land:**

Wir fordern den Bau eines neuen, leistungsfähigen und barrierefreien ZOB in Lübbecke, um die Verkehrssituation am Niederwall nachhaltig zu entspannen bzw. die Unfallgefahr zu reduzieren. Als Standort für den neuen ZOB erachten wir den Gänsemarkt-Parkplatz, aufgrund seiner zentralen Lage, als besonders geeignet.

Wir engagieren uns für die dichtere Taktung sowie die Anpassung der Linienführung der Regionalbusse zwischen Lübbecke und Espelkamp.

Wir fordern die Anpassung der Linienführung des „Stadtbus Lübbecke“ (Linie 514) zu einer sinnvollen Verbindung zwischen den einzelnen Lübbecke Stadtteilen und dem Stadtzentrum. Dabei sind für uns langfristig alle, zur Stadt Lübbecke gehörenden, Ortschaften in den Stadtbus miteinzubeziehen.

Wir möchten Planungen für „gemeinsame Stadtbuslinien“ zwischen Lübbecke und Espelkamp vorantreiben, die mehr Verbindungsmöglichkeiten zwischen den Stadtzentren beider Städte und den dazwischenliegenden Dörfern schaffen. Insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung beider Städte für das Lübbecke Land, der vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte sowie der wachsenden Pendlerzahlen zwischen beiden Städten ist dies dringend geboten.

### **Situation in Minden:**

Wir setzen uns für eine Übernahme des Stadtbusses Minden durch die MKB ein, um faire Beschäftigungsverhältnisse und die Zahlung von Tariflöhnen für die Busfahrer:innen sicherzustellen.

## **Rad- und Fußverkehr**

Wir engagieren uns für eine bessere Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur im Kreis Minden-Lübbecke.

### **Konkret fordern wir:**

- Den flächendeckenden Ausbau der Radwege im Kreis zu einem zusammenhängenden Netz, welches sichere, umweltfreundliche Mobilität ermöglicht
- Den Erhalt und Ausbau von Fußgängerzonen insbesondere in den kleineren Stadtzentren im westlichen Kreis zur Steigerung der Aufenthaltsqualität

# **Migration - Integration durch Arbeit – Sprache, Qualifikation und Perspektive verbinden**

Arbeit kann ein wichtiger Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe sein – wenn sie gerecht gestaltet ist. Damit Integration wirklich gelingt, braucht es mehr als bloße Arbeitsvermittlungen. Die Linke im Kreis Minden-Lübbecke setzt sich für eine engere Kooperation mit lokalen Betrieben ein, um gezielt Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Zugewanderte zu schaffen.

Besonderen Fokus legen wir dabei auf die bessere Verzahnung von Sprachförderung und beruflicher Qualifizierung. Es reicht nicht, Deutschkurse und Arbeitsmaßnahmen getrennt voneinander anzubieten. Stattdessen braucht es branchenspezifische Sprachförderprogramme, etwa im Rahmen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (DeuFÖV), die direkt in den Arbeitsalltag und die Anforderungen einzelner Berufsfelder eingebettet sind.

Wir fordern ein Modell, das sich an der dualen Ausbildung orientiert: Lernen und Arbeiten sollen sich sinnvoll ergänzen – mit fairen Bedingungen, guter Begleitung und klaren beruflichen Perspektiven. So fördern wir nicht nur Integration, sondern bekämpfen auch Fachkräftemangel auf solidarische Weise.

## **Gute Arbeit, gute Bildung, gleiche Chancen – für alle, die hier leben.**

### **Deshalb fordern wir:**

- Ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können
- Eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw. Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; Geflüchtete Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden

- Die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann
- Vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen
- Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern
- Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung stellen
- Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen
- Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten
- Die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern

### **Für den Zugang zu den Arbeitsplätzen wollen wir:**

- Anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern
- Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren durchführen
- Asylsuchenden und EU-Zugewanderten sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch müssen auch Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten
- Das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft werden
- Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung gewähren
- Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden
- Die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung

### **Demokratie für alle – echte Teilhabe**

Demokratie endet nicht an der Staatsbürgerschaft. Wer dauerhaft hier lebt, arbeitet, Kinder großzieht oder sich engagiert, soll auch politisch mitentscheiden dürfen. Die Linke im Kreis Minden-Lübbecke setzt sich für die Einführung eines kommu-

nenen Wahlrechts für alle ein, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben – unabhängig vom Pass. Es ist ein demokratischer Skandal, dass Hunderttausende Menschen in NRW von Wahlen ausgeschlossen sind, obwohl sie unsere Gesellschaft mitgestalten.

Gleichzeitig fordern wir die Stärkung der Integrationsräte im Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen. Diese Gremien dürfen nicht nur symbolische Funktionen erfüllen, sondern müssen echte Mitspracherechte erhalten – auch bei haushalts- und integrationspolitischen Entscheidungen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass migrantische Vertreter:innen in allen kommunalpolitischen Gremien stärker eingebunden werden – sei es durch feste Sitze, Rederechte oder beratende Funktionen.

### **Wir setzen uns ein für:**

- Erleichterung der kommunalen Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten
- Sozialräumliche Integrationsarbeit als zentralen Bestandteil der Stadtentwicklung
- Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater:innen
- Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen
- Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen
- Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- Kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge
- Einbeziehung von Migrant:innen- Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen

### **Rassismus in Behörden erkennen und wirksam bekämpfen**

Struktureller Rassismus macht auch vor staatlichen Institutionen nicht Halt. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte erleben im Alltag Behördenwillkür, Vorurteile und diskriminierende Behandlung – etwa in Ausländerbehörden oder Jobcentern. Die Linke im Kreis Minden- Lübbecke fordert deshalb verpflichtende und regelmäßige Schulungen für alle Mitarbeitenden in relevanten kommunalen Einrichtungen.

Diese Schulungen müssen nicht nur Wissen über interkulturelle Sensibilität und rechtliche Grundlagen vermitteln, sondern auch die Mechanismen und Auswirkungen

von Alltagsrassismus aufzeigen. Der Umgang mit Menschen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten erfordert Offenheit, Respekt und die Bereitschaft zur kritischen Selbstreflexion.

Wir wollen eine Verwaltung, die alle Menschen gleich behandelt – unabhängig von Herkunft, Sprache, Pass oder Aufenthaltsstatus. Antirassismus darf kein freiwilliges Zusatzangebot sein, sondern muss zur verbindlichen Grundlage des behördlichen Handelns werden. Eine gerechte Kommune beginnt in den Ämtern.

## **Eine humane Flüchtlingspolitik mit menschenwürdiger Unterbringung**

Die Verantwortung für die Unterbringung von zugewiesenen asylsuchenden und geduldeten Menschen auf der kommunalen Ebene liegt in der Zuständigkeit der Kommunen. Dabei ist die Unterbringung in Wohnungen nicht nur menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger als Sammelunterkünfte. Trotzdem schreibt das Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften leben sollen. In der Praxis heißt das oft: Mehrbettzimmer ohne Rückzugsmöglichkeiten, dazu Gemeinschaftsbäder und -küchen. Das erzwungene Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engem Raum, ohne Privatsphäre, ist für die Betroffenen eine enorme Belastung. Solche Bedingungen machen gesellschaftliche Teilhabe und Integration schwer und stehen im Widerspruch zu den Empfehlungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Deshalb setzt sich Die Linke für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo es kommunale Sammelunterkünfte gibt, müssen diese so menschenwürdig wie möglich gestaltet werden.

### **Wir wollen:**

- Verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten Missständen entgegenzuwirken, sowie Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die Standards gemeldet werden können
- Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken
- Menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern
- Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner:innen der Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben
- Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte
- Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilen auf die Ausbeutung von Neuzugewanderten abzielen

Für uns muss die Integration von geflüchteten Menschen ab Tag eins beginnen.

Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die Rechte anderer Menschen. Anstatt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es allen besser geht.

Flucht und Verfolgung sind immer individuelle Erfahrungen. Deshalb wehren wir uns dagegen, wenn aus politischem Kalkül Geflüchtete pauschal – je nach Herkunftsland – in Gruppen mit angeblich „guter“ oder „schlechter Bleibeperspektive“ eingeteilt werden.

Die Einstufung als „schlechte Bleibeperspektive“ hat für viele Betroffene gravierende Folgen: Sie bekommen zum Beispiel keinen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und dürfen sich auch keine eigene Wohnung suchen.

Wir lehnen das Konzept der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem Grundrecht auf Asyl, das als individuelles Recht angelegt ist. In Wahrheit dient es dazu, die Rechte von Geflüchteten zu beschneiden, Widerspruchsfristen zu verkürzen, auf eine gründliche Einzelfallprüfung zu verzichten und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen rascher abschieben zu können.

### **Wir wollen:**

- Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass
- Geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten
- Jegliche Abschiebep Praxis beenden
- Verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung Schutzsuchender in den Landesunterkünften und Kommunen einführen
- Perspektivische Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften
- Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen
- Die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und finanzieren
- Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die Ausländerbehörden verbindlich sein
- Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen
- Eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen
- Den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern

- Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden
- Vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen
- Keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen
- Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen
- Bezahlkarten für migrantische Menschen verhindern
- Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

# Ordnung/Sicherheit

## Ordentlich entwaffnen – Vertrauen schaffen!

Die vereinfachte Antwort der Regierungsparteien auf das Thema Ordnung und Sicherheit ist das Aufrüsten der Ordnungsbehörden und der Polizei. Dadurch erzeugen sie nichts weiter als eine Illusion von Sicherheit, ohne sich mit den tatsächlichen Herausforderungen und Ursachen befassen zu müssen. Diese sind zumeist auf ein gesellschaftliches sozioökonomisches Ungleichgewicht oder psychische Ausnahmezustände zurück- zuführen. Dies wird zudem von neoliberaler Politik und konservativen Parteien kontinuierlich verschärft.

Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) wird landesweit aufgerüstet oder es werden wie in Lübbecke Kooperationsvereinbarungen mit der Polizei getroffen. Hierbei sind Ordnungsamt und Polizei gemeinsam auf Fußstreife. Dies schafft eine Atmosphäre der Bedrohung.

Wir betrachten auch Bodycams als Ausrüstung für Sicherheitsbehörden grundsätzlich kritisch, erkennen jedoch an, dass auch deren Mitarbeiter:innen Formen des Schutzes bedürfen. Für uns ist die Nutzung von Bodycams die geringste und am ehesten deeskalierende Möglichkeit, um die Sicherheit der Mitarbeiter:innen der Behörden, aber auch von anderen Beteiligten zu steigern. Wir fordern dennoch eine Analyse zur Wirksamkeit der Bodycams und spezifische Richtlinien, die regeln, unter welchen Bedingungen was wie viel oder wie lange aufgenommen wird und wie lange diese Daten erhalten bleiben können, bevor sie automatisch gelöscht werden.

## Deshalb fordern wir:

- Keine Bewaffnung der Ordnungsbehörden, insbesondere keine Taser und Hundestaffeln
- Klare Unterscheidbarkeit von Polizei und Ordnungsbehörden
- Kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten
- Analyse der Wirksamkeit von Bodycams und klare Richtlinien, welche auf Datensparsamkeit setzen

## Armut entkriminalisieren!

In vielen Kommunen richten sich die Ordnungsbehörden gegen wohnungslose Menschen und kriminalisieren deren Armut. Dies macht sich besonders bemerkbar bei der Durchsetzung von Verboten, an bestimmten Orten zu campieren, zu übernach-

ten oder auf öffentlichen Bänken zu liegen. Diese Verbote richten sich explizit an wohnungslose Menschen.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Streichung von Verboten zu campieren und zu übernachten aus ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Streichung von armutskriminalisierenden Abschnitten aus ordnungsbehördlichen Verordnungen

### **Entschlossen gegen Polizeigewalt!**

Zwar ist Polizei Ländersache, aber die Entscheidungen des Landes wirken sich direkt in den Kommunen aus. Oft kommt es bei Polizeieinsätzen zu Polizeigewalt oder Tötungen bei Personen in psychischen Ausnahmesituationen. Nur in seltenen Fällen kommt es dabei zu Prozessen – die beteiligten Beamt:innen erfahren oft keine Konsequenzen. Deshalb fordern wir ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal, welches die Einsätze der Polizei begleitet. Wir fordern, dass die Polizei sich für ihre Arbeit vor den kommunalen Vertreter:innen und der Öffentlichkeit verantworten muss. Videoüberwachungen lehnen wir grundsätzlich ab (siehe hierzu auch das Kapitel „Digitalisierung“).

### **Wir fordern:**

- Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in psychischen Ausnahmesituationen
- Keine Videoüberwachung

### **Prävention statt Überwachung**

Wir setzen auf Prävention anstelle von Überwachung durch den vermehrten Einsatz von Videoüberwachung und anderen Technologien. Das Geld, das wir durch den Verzicht auf teure Überwachungstechnik sparen, investieren wir in Maßnahmen, die wirklich helfen: mehr Personal für soziale Arbeit und Streetwork, bessere Beleuchtung von Angsträumen und die Stärkung von Nachbarschafts- und Jugendprojekten.

## **Gewaltprävention verankern – verpflichtende Awareness-Konzepte**

Großveranstaltungen sind für die Stadtgesellschaft wichtig und werden gerne zur Imagepflege und Attraktivitätssteigerung finanziell gefördert. Sicherheitskonzepte gegen Terrorgefahren oder Massenpaniken spielen dabei eine immer größere Rolle.

Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit, auf einer Veranstaltung Opfer von sexueller Gewalt zu werden, wesentlich höher. Während Millionen Euro für versenkbare Poller, Security-Personal und Sicherheitskonzepte ausgegeben werden, überlässt man den Schutz vulnerabler Gruppen vor Gewalt dem Zufall und baut auf Selbstverpflichtung der Veranstalter. Und das obwohl in den letzten Monaten Angriffe mit K.O.-Tropfen und Spritzen eskalierten sowie sexueller Missbrauch prominenter Künstlern an ihren Groupies auf Großveranstaltungen bekannt wurde.

Nicht nur Frauen, Besucher:innen mit Behinderung oder queere Menschen sind auf Großveranstaltungen besonderen Gefahren ausgesetzt. Laut einer Studie der Wissenschaftlerin Schulze-Velmedes auf dem Oktober 2024 haben 76% der befragten Servicekräfte eines Festzelts sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt.

Awareness stellt das Bemühen dar, allen Gästen und Mitarbeitenden einer Veranstaltung die Möglichkeit zu bieten, bei möglicherweise diskriminierendem Verhalten oder Übergriffen aktiv zu werden und davon betroffenen Personen Unterstützung durch ein Awareness-Team sowie einen Safer-Space anzubieten. Awareness-Konzepte geben eine klare Handreichung, wie mit Übergriffen umgegangen werden soll. Awareness hilft also nicht nur präventiv, sondern gewährleistet auch schnelle Hilfe und umfassende Aufarbeitung im Ernstfall.

### **Deshalb fordern wir:**

- Gewaltschutz auf Veranstaltungen ab 1000 Personen: Städte und Kreis verpflichten sich selbst sowie alle Verantwortlichen von Veranstaltungen ab 1000 erwarteten Besucher\*innen zur Vorlage und Umsetzung eines Awareness-Konzeptes.
- Ein solches Konzept muss den zeitgemäßen Richtlinien für Awareness entsprechen und öffentlich einsehbar sein.
- Vorhaltung eines geschulten Awareness-Teams bei Veranstaltungen, in dem möglichst alle Geschlechter repräsentiert sind und das aus mindestens 2 Personen pro 1000 Gästen besteht.
- Aktive Außen-Kommunikation, wie Awareness-Teams in Anspruch genommen werden können
- Vorhaltung von Schutz- bzw. Rückzugsräumen für betroffene Personen

- Keine sexistische Bewerbung von Veranstaltungen: Werbung darf nicht sexistisch oder in anderer Weise diskriminierend gestaltet sein

# **Stadt- und Landplanung gerecht gestalten – für heute und morgen**

Stadt- und Raumplanung entscheiden darüber, wie wir wohnen, wie wir uns bewegen, wo wir einkaufen, spielen oder alt werden. Auf diese Planung nimmt die Lokalpolitik, im Rahmen der Aufstellung der sogenannten „Regionalpläne“ und in den Bauausschüssen der jeweiligen Städte, direkten Einfluss. Doch in den letzten Jahren wurde oft falsch geplant: Zu viel Fläche wurde zugebaut, die Zersiedelung von Städten und Gemeinden immer weiter vorangetrieben, günstiger Wohnraum ist verschwunden, Dörfer und Stadtteile wurden infrastrukturell abgehängt und auf die Klimakrise wurde kaum Rücksicht genommen.

Heute spüren wir die Folgen: Extremwetter wie Hitzewellen oder Starkregen nehmen zu. Städte heizen sich immer stärker auf. Gleichzeitig fehlen schattige Plätze, Parks, sichere Radwege, Fußgängerzonen und bezahlbare Wohnungen. Auch die sozialen Unterschiede wachsen: Manche Viertel verfallen, andere werden so teuer, dass sich viele das Leben dort nicht mehr leisten können.

Wir brauchen eine Stadt- und Raumplanung, die allen nutzt, nicht nur den Profitinteressen privater Investor:innen. Sie muss klimagerecht, sozial und demokratisch sein. Sie muss dafür sorgen, dass unsere Städte und Dörfer auch in Zukunft noch gut zum Leben sind - auch für Kinder, Alte, Zugezogene, Alleinerziehende oder Rentner:innen.

## **Die Gestaltung unserer Städte gehört in die Hände der Bürger:innen**

Konsequente Bürger:innenbeteiligung von Beginn an: Die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen. Deshalb wollen wir sie im Rahmen einer aktiven Bürgerbeteiligung frühzeitig in die Planung einbeziehen. Diese Beteiligung kann durch Workshops, Ideenrunden und offene Gespräche geschehen.

## **Bewegung statt Stillstand**

Zu lange haben die Kommunen unter dem Stillstand von groß versprochenen Bauprojekten von noch größeren Investoren gelitten. Was als Versprechen an eine bessere Infrastruktur, bessere Gesundheitsversorgung oder mehr Wohnraum anfing, endet immer häufiger in Baustopps, dem Wegbruch der Investoren oder Insolvenzen - auf Kosten der Kommunen und der Bürger:innen.. Gerade bei

gesellschaftlich dringend gebrauchten Projekten muss eine Sanktionierung bei Verzug und Schädigung der Gesellschaft her.

### **Keine Leichtfertigkeit bei privaten Investor:innen:**

Öffentliche Bauvorhaben dürfen nicht weiter leichtfertig an große private Bauträger vergeben werden. Gerade bei Vorhaben mit gesellschaftlicher Bedeutung braucht es mehr Kontrolle durch die öffentliche Hand und klare Sanktionen bei Stillstand. Die Menschen haben ein Recht auf Transparenz und Verlässlichkeit.

### **Für eine nachhaltige Gestaltung unserer Städte:**

#### **Weniger Flächenversiegelung und Schutz vor Extremwetter**

Statt weiter Flächen auf der „grünen Wiese“ zu verbauen, wollen wir vorhandene Gebäude und nicht mehr genutzte, aber bereits versiegelte Flächen (beispielsweise Industriebrachen) sinnvoll umbauen. Den Bau weiterer Einfamilienhaus-siedlungen, welcher viel Fläche verschlingt und nur Wohnraum für wenige Menschen schafft, lehnen wir zugunsten kleinerer Mehrfamilienhäuser ab. Öffentliche Grünflächen, Bäume und Parks sowie Spielplätze müssen geschützt und ausgebaut werden. Hitzewellen und Extremwetter werden uns aufgrund der Klimakrise in den kommenden Jahren weiterhin begleiten. In den Städten unseres Kreises wollen wir dafür sorgen, dass ausreichend innerstädtische Trinkwasserbrunnen geschaffen, Frischluftschneisen möglichst erhalten sowie der Schutz vor den Auswirkungen der Naturgewalten verbessert wird. Dies kommt auch den wohnungslosen Mitbürger:innen zugute, die diesem Wetter zurzeit noch schonungs- und schutzlos ausgeliefert sind.

#### **Mehr autofreie Innenstädte und Fußgängerzonen im Kreis**

Die Idee einer autogerechten Stadt als „Utopie“ der 60er-Jahre hat auch in unserem Kreis ihre Spuren hinterlassen: Viele Innenstädte sind bis heute einseitig auf die Bedürfnisse von Autofahrern ausgerichtet, Fußgängerzonen sind teilweise nicht vorhanden oder müssten, um die Innenstädte attraktiver zu gestalten, dringend vergrößert werden. Dabei ist es vor Ort besonders häufig der Einzelhandel, der den Ausbau von Fußgängerzonen – aus Angst vor Umsatzeinbußen wegen einer vermeintlich schlechteren Erreichbarkeit – kategorisch ablehnt. Trotz des schleichenden „Sterbens“ des lokalen Einzelhandels und der erwiesenen Steigerung der Attraktivität der Innenstädte durch höhere Aufenthaltsqualität für Fußgänger:innen beharren die Lokalpolitik und die Vertreter:innen der IHK vielerorts auf dem „Status quo“. Gerade in Zeiten zunehmender Aufheizung von Innenstädten, die auch durch den Autoverkehr begünstigt wird, wollen wir die bestehenden Fußgängerzonen im Kreis erhalten und weiter ausbauen. Außerdem unterstützen wir ausdrücklich die Bestrebungen, in

der Stadt Rahden eine Fußgängerzone einzurichten und würden ähnliche Entwicklungen in Espelkamp und Petershagen begrüßen.

### **Leerstand bekämpfen, Räume schaffen:**

Leer stehende Flächen des Einzelhandels oder gar ganze Hotelanlagen in Innenstädten dürfen nicht länger den Raum beanspruchen, der an anderen Ecken dringend gebraucht wird. Räume von gesellschaftlichem Nutzen, wie Begegnungszentren, bezahlbarer Wohnraum, Räume für Kunst und Kultur und moderne Konzepte wie Coworking-Spaces, Jugend- und Obhutstätten werden stets benötigt und können in vielen leerstehenden Gebäuden realisiert werden.

### **Auch Oasen wollen gepflegt werden:**

Besonders auf öffentlichen Spielplätzen und Grünflächen, die nicht im Stadtzentrum angesiedelt sind, fehlt es an regelmäßiger Wartung und ausgiebiger Pflege. Diese sollen nicht in den Hintergrund geraten, nur weil sie nicht zentral liegen.

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Dorf und Stadt:**

Jeder Ort im Kreis soll gut erreichbar und lebenswert sein. Es müssen überall Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten und Bankautomaten vorhanden sein. Eine gute Anbindung mit Bus und Bahn und einer ausreichenden Taktung des ÖPNV soll keine Ausnahme mehr sein.

### **Unsere Kommunen: Gemeinsam statt gegeneinander**

Die Städte und Gemeinden im Kreis sollen bei großen Projekten, die nicht an der Stadt- oder Gemeindegrenze aufhören, besser zusammenarbeiten. Konkret betrifft diese Kooperation zum Beispiel Busverbindungen, Projekte des Klimaschutzes oder die Nutzung freier Flächen.

### **Unsere Forderungen:**

- Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren
- Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
- Ausloten von Möglichkeiten zur Nachverdichtung, besonders in Wachstumsregionen
- Stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung
- Vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen sozialen Lebenswelten
- Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“

- Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen
- Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert:innen, die bei allen größeren Projekten und nach Bedarf beraten
- Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten für ältere Menschen
- Kein Neubau von Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte
- Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf
- Kommunaler, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung
- Anwendung der Nachhaltigkeitsziele der UNO bei kommunalen Entscheidungen
- Förderung des Denkmalschutzes
- Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum
- Bekämpfung von Leerstand
- Prüfung leerstehender Gewerbeimmobilien auf die Möglichkeit zur Umwidmung in Wohnraum

# Queerpolitik im Kreis Minden-Lübbecke

Die Linke im Kreis Minden-Lübbecke setzt sich für die Rechte und die Sichtbarkeit von queeren Menschen im gesamten Kreis ein. Für uns gehört Queerpolitik zu einer gerechten und sozialen Gesellschaft. Die Gemeinden und Städte des Kreises sollen Orte sein, an dem alle Menschen – egal welche sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität sie haben – sicher, frei und respektiert leben können.

Wir wollen nicht nur mehr Sichtbarkeit, sondern auch konkrete Verbesserungen im Alltag queerer Menschen. Trotz rechtlicher Fortschritte wie dem neuen Selbstbestimmungsgesetz erleben queere Menschen auch in Minden-Lübbecke wieder mehr Ausgrenzung, Diskriminierung und teilweise sogar Gewalt. Rechte Parteien wie die AfD, aber auch Teile von CDU und FDP, verschärfen das durch queerfeindliche Aussagen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

## **Deshalb fordern wir:**

- Einen queeren Aktionsplan: Die kommunale Verwaltung soll gemeinsam mit queeren Gruppen, Beratungsstellen und Initiativen verbindliche Maßnahmen erarbeiten, um Gleichstellung, Schutz vor Diskriminierung und mehr Akzeptanz zu fördern. Dafür braucht es genügend Geld und Personal
- Beratungs- und Anlaufstellen stärken: Es soll feste und gut erreichbare Stellen geben, bei denen queere Menschen Hilfe finden – auch im ländlicheren Umland des Kreises Minden-Lübbecke müssen Beratungsstellen, Aidshilfen und Jugendangebote über ÖPNV erreichbar sein
- Bildung und Aufklärung: Schulen, öffentliche Einrichtungen und Behörden im Kreisgebiet sollen durch Schulungen lernen, wie sie queere Menschen besser unterstützen können. Projekte an Schulen, die Vielfalt und Respekt fördern, sollen gefördert werden – finanziell und organisatorisch
- Vertrauenspersonen in Schulen stärken: Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Vertrauenspersonen sollen weitergebildet werden, damit queere Kinder und Jugendliche Unterstützung und Schutz finden

Unser Ziel: Der Kreis Minden-Lübbecke und seine Städte und Gemeinden sollen für alle ein sicherer und offener Ort sein – frei von Ausgrenzung und Diskriminierung.

# Sport stärkt Gemeinschaft

## **Vor Ort. Gemeinsam. Solidarisch.**

Sport bringt Menschen zusammen – auf dem Fußballplatz, in der Turnhalle, im Schwimmbad oder beim gemeinsamen Lauf durchs Viertel. Er schafft Begegnung, baut Vorurteile ab und fördert das Miteinander. Für uns als Linke ist klar: Sport gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss allen zugänglich sein – unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter oder Behinderung.

Ob im ländlichen Raum oder im Stadtteil: Sportvereine, selbstorganisierte Gruppen und ehrenamtlich Engagierte halten die Gemeinschaft zusammen. Sie geben Menschen Halt, stärken soziale Bindungen, ermöglichen Zugehörigkeit und gelebte Solidarität. Das stemmen sie oft ohne ausreichende Unterstützung. Das nehmen wir nicht länger hin! Diese Strukturen verdienen nicht nur Anerkennung, sondern gezielte Förderung.

## **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Sportangebote für alle – kosten- frei, wohnortnah und barrierefrei. Niemand darf ausgeschlossen werden
- Mehr Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche. Gute Sportmöglichkeiten in Schulen, im Ganztage und in der Freizeit fördern Entwicklung, Gesundheit und Teilhabe
- Schwimmen lernen für alle Kinder. Schwimmen ist eine Überlebensfähigkeit – sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen
- Stärkung des gemeinnützigen Sports und des Ehrenamts. Vereine brauchen verlässliche Förderung, bessere Ausstattung und echte Planungssicherheit
- Sanierung und Ausbau kommunaler Sportstätten

Sport ist Teil unserer sozialen Heimat – dort, wo Menschen sich begegnen, gemeinsam wachsen und Verantwortung füreinander übernehmen. Wer Sport stärkt, stärkt das, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

## **Im Kreis: Öffentliche Bewegung stärken – Inklusion fördern**

Sport muss auch im ländlichen Raum möglich, attraktiv und sicher sein. Deshalb fordern wir im Kreis Minden-Lübbecke eine konsequente Weiterentwicklung der öffentlichen Sportinfrastruktur – inklusiv gedacht und sozial gerecht gestaltet.

### **Dazu gehören:**

- Barrierefreie Sportanlagen – für echten Breitensport
- Öffentliche Räume, die zur Bewegung einladen – durch Ausstattung, nachhaltiger Beleuchtung und barrierearme Wege
- Kooperative Projekte mit Sportvereinen, Kitas und Schulen – mit besonderem Fokus auf Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringen finanziellen Mitteln
- Förderung sportlicher Begegnungsformate, die soziale Grenzen überwinden – interkulturell, generationenübergreifend, geschlechtergerecht

### **Ehrenamt am Limit – wir kämpfen für echte Anerkennung!**

Ohne Ehrenamt läuft nichts – auch im Sport. Tausende Menschen im Kreis Min- den- Lübbecke halten mit Herzblut und unermüdlichem Einsatz unsere Vereine am Laufen. Sie organisieren Training, begleiten Kinder zu Wettkämpfen, halten Hallen in Schuss – oft unbezahlt, oft überlastet, und viel zu oft ohne die Unterstützung, die sie verdienen.

Wir sagen: Schluss mit warmen Worten und leeren Danksagungen! Wer Ehrenamt will, muss es auch ermöglichen – mit echter Förderung, Bürokratieabbau und finanzieller Absicherung. Denn Solidarität darf nicht ausbrennen!

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Verlässliche Förderstrukturen für das Ehrenamt – langfristig, unbürokratisch, gerecht.
- Aufmerksamkeit für die Ehrenamtskarte erhöhen
- Kostenlose Fortbildungen und echte Entlastung für Engagierte.
- Vorrang für ehrenamtlich getragene Initiativen bei der Mittelvergabe – weil Gemeinnutz nicht privatisiert werden darf.

Ehrenamt ist kein Lückenfüller für kaputtgesparte Kommunen – es ist das Rückgrat unserer solidarischen Gesellschaft.

### **Bewegung für alle**

Unsere Gemeinden brauchen eine Sportpolitik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und allen Kindern gerechte Startbedingungen bietet. Es darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil ein Kind aufwächst oder wie viel Geld die Eltern verdienen, ob es schwimmen lernt oder Zugang zum Vereinssport hat. Deshalb setzen wir uns in Lübbecke für nachhaltige, koordinierte Maßnahmen ein, die Bewegung, Sicherheit und Teilhabe von Anfang an ermöglichen.

Sport- und Bewegungsförderung muss als kommunale Verantwortung begriffen werden – nicht als freiwillige Aufgabe. Es geht um mehr als nur Sport: Es geht um Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Bildung. Wir sagen: Kinder und Jugendliche in Lübbecke verdienen konkrete Perspektiven – durch starke Strukturen, mehr Zugänge und langfristige Planung. Was jetzt zählt: kluge Vernetzung, passgenaue Lösungen und eine klare Haltung für Chancengleichheit.

Weil Zusammenhalt dort beginnt, wo alle mitmachen können.

# **Inklusion - Selbstbestimmung und Teilhabe - für eine inklusive Gesellschaft**

Bereits seit 2008 gilt die UN-Behindertenkonvention (UN-BRK), welche auch von Deutschland unterzeichnet wurde. Die Kernaussage dieser Konvention ist, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Sie setzt sich dafür ein, dass alle Menschen mit Behinderungen ihre Rechte und Grundfreiheiten vollständig und gleichberechtigt wahrnehmen können. Zudem soll ihre Würde geachtet, geschützt und gefördert werden.

Die Staatenprüfung 2023 in Genf durch den Fachausschuss der UN attestierte Deutschland erhebliche Defizite bei der Umsetzung der Rechte für Menschen mit Behinderungen und in Bezug auf der Herstellung von Barrierefreiheit. Dies gilt für Schulen, Arbeitsplätze, Wohnungen, aber auch dem Nahverkehr. So gibt es immer noch keinen inklusiven Arbeitsmarkt, Förderschulen, und geflüchtete Menschen mit Behinderungen bekommen keine ihre Beeinträchtigungen entsprechenden Gesundheitsversorgung.

Auf Grundlage der bundesweiten Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass schätzungsweise rund 25.000 bis 30.000 schwerbehinderte Menschen in Minden-Lübbecke leben. Dennoch gibt es auch hier noch immer zu wenig barrierefreie Wohnungen und barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr.

Unser Ziel ist es, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein im Kreis Minden-Lübbecke so zu verändern, dass die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen sowie ein barrierefreies und inklusives Leben mit und ohne Behinderung gewährleistet ist.

Die Landesregierung der CDU und Grünen in NRW hat mit ihrem unambitionierten Landeshaushalt 2025 die Teilhabe für viele Menschen zusätzlich verschlechtert: so wurden beispielsweise im Bereich der Inklusion die Mittel für berufliche Inklusion und die Mittel für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung massiv gekürzt - teilweise über 50%!

Wir als Die Linke Minden-Lübbecke streiten für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen und all jene Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm, alt oder jung sind, eine andere Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere sexuelle Orientierung haben.

Zwar existieren bereits vor Ort einige Ansätze zur Förderung der Teilhabe, der Entwicklungsstand zeigt sich jedoch häufig intransparent. Auch dahingehend gibt es Nachholbedarf.

## **Wir treten auch vor Ort entschieden für eine vielfältige Gesellschaft ein!**

Die Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind für uns ein Menschenrecht. Dafür benötigen wir ein echtes Teilhabekonzept, und keinen halbherzigen „Aktionsplan NRW inklusiv“. Dieses Teilhabekonzept muss die baulichen, kommunikativen, rechtlichen, administrativen und sozialen Barrieren überwinden und gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung schaffen. Dafür bedarf es der Ausarbeitung eines umfassenden Inklusionsplans, welcher mit ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist und anschließend konsequent umgesetzt wird.

## **Ein gutes Leben für alle!**

Wir kämpfen für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Barrierefreiheit ist das Fundament für eine gelungene Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft hat das Ziel, alle Menschen einzubeziehen, ob mit oder ohne Behinderung. Mit der Umsetzung von barrierefreier Sprache können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen.

Wir fordern deshalb für unseren Kreis Minden-Lübbecke und deren Städte und Gemeinden, wo dies noch nicht vorliegt:

- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen gleichermaßen
- Schulung von Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbst bestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können,
- Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern,
- Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, z. B. Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen)

- Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden und die Rede- und Antragsrechte in den Räten und Ausschüssen haben
- Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragten in jeder Kommune; diese:r soll u. a. Ansprechpartner:in für alle Bezugsgruppen sein
- die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations-, Senioren- und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen zusammenarbeiten können

## **Inklusion in Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- Flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür, sodass sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen
- Systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW eingeschaltet werden
- Sanitäreinrichtungen in öffentlichen Gebäuden sollen barrierefrei und für alle Geschlechter zugänglich sein
- Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen und optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle
- Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum
- Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- Verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln
- Umrüstung der Fahrzeuge und Haltestellen des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und Dienstleistungen
- Schulung der Fahrer:innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen

## **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung
- Barrierefreier Ausbau der Stadtbibliotheken und bedarfsgerechte Ausstattung mit barrierefreien Medien, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift und in anderen Sprachen
- Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für Menschen mit Behinderungen in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen
- Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an Inklusionsbetriebe
- Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter.

## **Gesundheit und Pflege:**

- „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen
- Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)
- Einführung reizarmer Einkaufszeiten („stille Stunden“) im Einzelhandel – ohne Musik, Werbung oder laute Durchsagen – um auch Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen, ADHS oder Angststörungen barrierearmes Einkaufen zu ermöglichen

## **Beratung, Kommunikation und Information:**

- Eine barrierefreie und transparente Verwaltung – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude
- In Behörden und Gesundheitseinrichtungen sollen ehrenamtliche oder professionelle Sprachmittler:innen zur Verfügung stehen, um interkulturelle Verständigung auch für migrantische Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Dies entlastet insbesondere Kinder von Migrant:innen

- Beratungsangebote in Leichter Sprache
- Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein
- Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger:innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können
- Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, einschließlich Gebärdensprachdolmetschen bei Bedarf
- Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB, Rechtsanwälte etc.).

# Wirtschafts- und Finanzpolitik muss den Menschen dienen!

Die neoliberale Wirtschaftspolitik zeigt sich zunehmend auch auf kommunaler Ebene: Die negativen Auswirkungen sind insbesondere häufig an den teils maroden öffentlichen Einrichtungen und fehlenden Investitionen zu erkennen. Die Infrastruktur verfällt und Städte und Kommunen sind von höheren Schulden bedroht.

Der Kreis Minden-Lübbecke befasst sich freiwillig mit einer Haushaltssicherungspolitik, da durch die Finanzierung des Umbaus der Mühlenkreiskliniken mit einem erheblichen Defizit gerechnet wird, was die Ausgleichsrücklage zunehmend auflöst. Gleichzeitig führt dies dazu, dass der Kreis entscheiden muss, ob es einer Erhöhung der Kreisumlage bedarf. Kommt es zu dieser, dürfte sich die Situation in den Kommunen weiter anspannen. Die Kommunen Lübbecke, Porta Westfalica und Bad Oeynhausen haben teilweise noch Ausgleichrücklagen, auf welche bei Bedarf zurückgegriffen werden kann.

Die Erhöhung der Kreisumlage sowie die rückläufigen Einnahmen setzen den Haushalt der Kommunen unter massiven Druck.

Die Verantwortung für diese Misswirtschaft ist bei der Politik zu suchen, welche den Interessen von Konzernen und Investor:innen folgt, anstelle die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen. Auch im Kreis haben einige Kommunen auf Privatisierung gesetzt, erkennen jedoch zunehmend, dass diese nicht unbedingt bessere Leistung erbringt und sich in der Regel auf dem Rücken der Beschäftigten „rechnet“.

Der Mehrheit der Kommunen in NRW schätzen ihre finanzielle Lage sehr schlecht ein und befürchten sogar eine Verschlechterung in den kommenden fünf Jahren. Für viele Kommunen ist der Haushalt somit nicht mehr auszugleichen und angelegte finanzielle Reserven lösen sich auf. Die seit einigen Jahrzehnten gelebte Praxis der permanenten Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land und nicht kompensierter Aufgabenzuweisung des Bundes muss gestoppt werden!

Solange eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt ist, beteiligt sich Die Linke Minden-Lübbecke nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten, auch dann nicht, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. Durch solcherlei Anstrengungen der Kommunen wird der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip einzuhalten, erheblich gemindert.

Wir fordern einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Ziel ist eine Wirtschaft, welche den Menschen dient, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen sichert, den sozialen Zusammenhalt stärkt und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Deshalb setzen wir auf solidarische und demokratische Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine gerechte Finanzierung ermöglichen.

### **Die Linke Minden-Lübbecke fordert:**

#### **Stärkung einer sozialen, kommunalen Wirtschaft**

- Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, wobei der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Mitbestimmung liegt.
- Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge. Genossenschaftliche Betriebe sollen gefördert werden.
- Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten regionale, tierwohlorientierte und ökologische Landwirtschaft unterstützen, etwa durch regionale Beschaffung (z. B. in Kitas, Schulen) und öffentliche Aufklärungsarbeit.
- Die Einschränkungen der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in Art. 107 Gemeindeordnung NRW müssen aufgehoben werden, soweit sie einen Vorrang für private Wirtschaftstätigkeit vorsehen.
- Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch soziale Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, ökologisch nachhaltigen Produkten und guter Arbeit. Sie müssen Vorbilder für faire Bezahlung, Mitbestimmung und eine integrative Arbeitskultur sein.
- Bei wirtschaftlicher Entwicklung und Ansiedlungspolitik ist auf die Einhaltung von Tarifverträgen, faire Löhne und die Beteiligung von Gewerkschaften zu achten.

#### **Stärkung der kommunalen Finanzen**

- Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf rund 28 Prozent. Dieser Anteil wurde früher in NRW tatsächlich erreicht.

- Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden. Dabei sollen größere Betriebe stärker besteuert werden als kleine. Die Gewerbesteuer ist neben der Grundsteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
- Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der Grundsteuer darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter:innen führen. Die Regelungen in NRW, die das Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen, führen jedoch zu einer stärkeren Belastung von Wohngrundstücken, während Geschäftsgrundstücke eher entlastet werden. Die Linke unterstützt die im Landesgesetz vorgesehene Möglichkeit, die Hebesätze zu splitten und so Wohngebäude geringer zu belasten. Falls das Landesmodell mit dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir einen Ausgleich der Steuerausfälle der Kommunen durch das Land.
- Die Linke will die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufheben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen, haben zu Recht Sorge vor einem Nebenkosten-Hammer.
- Die Linke unterstützt die Anwendung der Grundsteuer C, die in NRW gesetzlich neu eingeführt wurde. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke höher besteuert werden, um im Falle des Mangels an Bauland Spekulation entgegenzuwirken.
- Die Steuerpolitik muss gerechter werden! Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die Kommunen nachhaltig zu finanzieren.
- Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden! Bundes- und Landesregierung haben den Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Das muss sich ändern.
- Die restriktiven Bedingungen der Gemeindeordnung NRW zur Haushaltsführung der Kommunen müssen gelockert werden.

## **Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge**

- Das Land muss endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen, öffentlichem Nahverkehr und Wohnraum bereitstellen. Bund und Land dürfen die Kommunen nicht allein las-

sen. Dabei tritt Die Linke für eine Ausweitung allgemeiner, nicht zweckgebundener Zuweisungen an die Kommunen ein.

- Die Förderprogramme von Land, Bund und EU müssen zumindest für Kommunen in der Haushaltssicherung zu 100% ohne Eigenanteil abrufbar sein, leichter zugänglich gemacht und besser abgestimmt werden. Viele Fördertöpfe können nicht abgerufen werden, weil die Kommunen mit dem Eigenanteil finanziell und mit den Formalitäten personell überfordert sind.
- Innenstädte müssen als soziale und kulturelle Zentren erhalten und weiterentwickelt werden. Die Linke setzt sich für Konzepte ein, die gemeinsam mit den Bürger:innen entstehen und Kunst, Kultur, Handel und Aufenthaltsqualität verbinden.
- Die Linke ist dafür, Privatisierungen rückgängig zu machen. Insbesondere privatisierte öffentliche Einrichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge wie Stadtwerke oder Wohnungsbaugesellschaften sollen rekommunalisiert werden, um sie wieder dem Gemeinwohl zu unterwerfen.
- Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Mit diesen Strukturen müssen sie sorgsam umgehen. Eine konsequente Bodenpolitik soll verhindern, dass öffentlicher Grund und Boden verkauft wird. Nutzungsrechte für Gewerbeflächen sollen grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden. Bevor neue Gewerbeflächen erschlossen werden, sind vorhandene Industrie- und Konversionsflächen zu nutzen oder umzubauen. Wo Eingriffe in Naturflächen erfolgen, sind ökologische Ausgleichsflächen verpflichtend einzuplanen.

## **Abbau der kommunalen Altschulden**

- Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, durch den die nicht investiven Schulden der Kommunen übernommen werden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die von Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die in besonderer Weise vom Strukturwandel betroffenen Kommunen dürfen nicht allein gelassen werden!
- Da durch die Altschuldenregelung, die die Landesregierung vor kurzem vorgelegt hat, nur die Hälfte der nicht investiven Schulden der Kommunen in NRW übernommen würde, muss der Bund die andere Hälfte übernehmen. Falls dies nicht passiert, muss das Land „nachbessern“.

# Wohnen ist Menschenrecht, keine Ware

Doch dieses Recht wird im Kreis Minden- Lübbecke für immer mehr Menschen zum unbezahlbaren Luxus. Während Immobilienkonzerne und reiche Eigentümer ihre Profite maximieren, wissen viele von uns nicht mehr, wie sie die nächste Miete oder die Nebenkostenabrechnung bezahlen sollen. Für immer mehr Menschen bleibt am Ende des Geldes immer mehr Monat übrig, weil Miete, Nebenkosten und Lebenshaltungskosten ihr hart erarbeitetes Geld einfach auffressen. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund aufgedeckt hat, ist die Durchschnittsmiete in Minden von 7,25€ pro Quadratmeter auf 9,61€ pro Quadratmeter Anfang 2025 explodiert. Keine Lohnerhöhung der Welt fängt einen Anstieg von über 32% in 4 Jahren auf.

## Mietenwahnsinn stoppen – Mieter:innen stärken

### Den Preistreibern den Riegel verschieben

Dieser Trend zieht sich durch den gesamten Kreis. Die Angebotsmieten steigen unaufhaltsam: in Minden um 4,8%, in Lübbecke um 6,1% und in Porta Westfalica um 4,0% im Jahresvergleich. In Bad Oeynhausen liegt die Durchschnittsmiete mittlerweile bei 8,50€ pro Quadratmeter. Damit muss Schluss sein! Wir lassen nicht zu, dass die Gier nach Profit unser Leben bestimmt. Die Linke kämpft für eine radikale Wende in der Wohnungspolitik. Für bezahlbare Mieten, sichere Wohnungen und lebenswerte Städte für alle, nicht nur für wenige.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Ob in Minden mit einer Mietsteigerung von fast 5 % im letzten Jahr, in Bad Oeynhausen mit prognostizierten Mieten von über 10 €/m<sup>2</sup> oder in Lübbecke und Porta Westfalica – bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Wir schauen nicht länger tatenlos zu, wie unser Geld in die Taschen von Immobilienhaien umverteilt wird. Deshalb fordern wir konkrete und wirksame Maßnahmen, um die Mietspirale endlich zu durchbrechen.

Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge schnell bearbeitet werden können. Die Kosten der aktuellen Politik sind dramatisch, sowohl finanziell als auch menschlich. Die Zahl der Haushalte im Kreis Minden-Lübbecke, die auf staatliches Wohngeld angewiesen sind, um ihre Miete überhaupt noch zahlen zu können, ist innerhalb eines Jahres um fast 8% auf knapp 5.700 gestiegen.

Hier zeigt sich ein perverses System: Während die Mieten explodieren, werden immer mehr Steuergelder dafür aufgewendet, diese überhöhten Preise zu subventio-

nieren. Dieses Geld landet nicht bei den Mieter:innen, sondern fließt direkt in die Taschen der Vermieter:innen oder die Mietsteigerung sorgt dafür, dass die Mieter:innen mit Bürgergeld aus der Angemessenheit fallen oder Mieter:innen mit Wohngeld über den Höchstbetrag kommen und ihnen ein Zwangsumzug droht.

Anstatt mit öffentlichen Mitteln die Profite der Immobilienwirtschaft zu finanzieren, fordern wir, dieses Geld in den Aufbau eines großen, gemeinnützigen Wohnungsbestandes zu investieren. Das senkt die Mieten dauerhaft für alle und beendet die Umverteilung von unten nach oben.

Außerdem fordern wir flächendeckend, die aktuellen Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten zu machen. Steigt die Miete, steigt die Angemessenheitsgrenze mit. Niemand darf gezwungen werden umzuziehen, weil die Wohnung zu teuer wird. Unsere Vision ist eine Wohnungspolitik, die auf Gemeinwohl statt auf Profit ausgerichtet ist und allen Menschen im Mühlenkreis ein sicheres, bezahlbares und gutes Zuhause garantiert.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Mietendeckel für alle Kommunen: Wir fordern die sofortige Einführung eines Mietendeckels in Minden, Lübbecke, Porta Westfalica und Bad Oeynhausen. Mieten in angespannten Gebieten müssen für die nächsten Jahre eingefroren und überhöhte Mieten abgesenkt werden
- Qualifizierte Mietspiegel im Sinne der Mieter:innen: Der qualifizierte Mietspiegel in Minden ist ein Anfang, aber er muss reformiert werden! Wir fordern für alle Kommunen im Kreis Mietspiegel, die sich an den realen Bestandsmieten orientieren, nicht an den teuren Neuvermietungen. Das bremst die eingebaute Mieterhöhungsspirale
- Rechtsberatung für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass die Jobcenter und Sozialämter die Mitgliedsbeiträge für Mietervereine übernehmen. Jede und jeder muss sich gegen falsche Nebenkostenabrechnungen und unrechtmäßige Mieterhöhungen wehren können
- Angemessene Mieten beim Bürgergeld garantieren: Die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen sich an den realen Angebotsmieten orientieren und jährlich angepasst werden. Niemand darf wegen einer Mieterhöhung aus seiner Wohnung vertrieben werden

## **Soziale Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben**

### **Grundsteuer: Eigentum verpflichtet - Mieter entlasten!**

Die neue Grundsteuer ab 2025 darf nicht zu einem weiteren Belastungshammer für Mieterinnen und Mieter werden. Wir kämpfen dafür, dass die Kosten fair verteilt werden und die Umlage der Grundsteuer auf die Miete endlich abgeschafft wird. Die Stadt Minden hat mit der Einführung unterschiedlicher Hebesätze für Wohn- (586%) und Gewerbegrundstücke (1172%) einen richtigen Schritt gemacht, um Wohnen nicht weiter zu belasten. Diesem Beispiel müssen alle Kommunen im Kreis folgen!

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

#### **Grundsteuer B nicht umlegen:**

Wir fordern auf allen politischen Ebenen die Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer. Eigentümer sollen diese Steuer tragen, nicht die Mieter!

#### **Grundsteuer C gegen Spekulation:**

Wir fordern die konsequente Einführung der Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke in allen Kommunen des Kreises. Wer mit Bauland spekuliert, während Menschen dringend Wohnungen suchen, muss zur Kasse gebeten werden.

#### **Soziale Hebesätze überall:**

Alle Städte im Kreis müssen dem Mindener Modell folgen und differenzierte Hebesätze nutzen, um die Belastung für Wohngrundstücke zu senken. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sollen von der Grundsteuer befreit werden.

## **Gemeinwohl vor Profit: Für eine neue Wohnungspolitik**

### **Boden und Wohnraum in öffentliche Hand!**

Boden ist ein begrenztes Gut und gehört nicht in die Hände von Spekulanten. Die hohen Baulandpreise etwa in Minden mit 130 €/m<sup>2</sup> oder in Lübbecke mit 55 €/m<sup>2</sup> zeigen, dass wir eine aktive, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik brauchen.

Statt öffentliches Eigentum an private Investoren zu verscherbeln, wollen wir es für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nutzen. Die Wohnhaus Minden GmbH, mit 2.600 Wohnungen der größte Anbieter in Minden, ist entgegen ihres Namens kein kommunales Unternehmen, sondern eine private, profitorientierte Gesellschaft. Wir fordern die vollständige Rekommunalisierung dieses wichtigen Wohnungsbestandes. Wir wollen die landeseigenen, kommunalen und kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaften wie in Espelkamp und Lübbecke stärken und zu einem echten Werkzeug für eine soziale Wohnungspolitik machen. Die Aufbaugemeinschaft Espel-

kamp befindet sich im Besitz des Landes NRW, der evangelischen Kirche und der Diakonie. Wir fordern diese Gesellschafter auf, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und eine strikte Gemeinwohlorientierung in der Satzung verbindlich festzuschreiben.

Für alle echten kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen fordern wir eine neue, verbindliche Satzung nach klaren linken Prinzipien:

### **Gewinne reinvestieren:**

Jegliche Gewinnausschüttung wird verboten. Alle Überschüsse fließen direkt in die Sanierung, Modernisierung und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum.

### **Verkaufsstopp:**

Der Verkauf von kommunalem und genossenschaftlichem Wohneigentum an private, renditeorientierte Investor:innen wird dauerhaft ausgeschlossen. Unser Tafelsilber wird nicht verscherbelt.

### **Demokratische Mitbestimmung:**

Wir wollen eine echte Mitbestimmung der Mieter:innen. In den Aufsichtsräten soll eine Drittelparität aus Vertreter:innen der Kommune, der Beschäftigten und der Mieter:innen eingeführt werden.

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gründen: Wo Städte wie Minden, Lübbecke, Porta Westfalica und Bad Oeynhausen es nicht allein schaffen, fordern wir eine starke, kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, die im ganzen Kreisgebiet bezahlbaren und sozialen Wohnraum baut und verwaltet.
- Sowohl Lübbecke als auch die Kommunen des Lübbecke Landes (Lübbecke, Pr. Oldendorf, Stemwede, Rahden, Hüllhorst und anteilig Espelkamp) profitieren bereits heute von der GBSL (Gemeinnützige Bau- und Sidelungsgenossenschaft des Altkreises Lübbecke), die bereits vor mehr als 75 Jahren zu diesem Zweck gegründet und nie privatisiert wurde. Die GBSL gilt es also zu stärken.
- Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben: Städtische Grundstücke dürfen nicht mehr verkauft, sondern nur noch in Erbpacht vergeben werden. Das verhindert Spekulation und sichert der Gemeinschaft dauerhaften Einfluss.
- Sozialquote von 40 % bei Neubau: Bei allen neuen Bauprojekten muss eine verbindliche Quote von mindestens 40 % für dauerhaft preisgebundenen, sozialen Wohnraum gelten.

- Kommunales Vorkaufsrecht konsequent nutzen: Die Kommunen müssen ihr Vorkaufsrecht aktiv nutzen, um Wohnungsbestände der Spekulation zu entziehen und in öffentliche oder gemeinnützige Hand zu überführen.

## **Niemand darf ohne Zuhause sein**

### **Zweckentfremdung unterbinden**

Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum einen Riegel vorschieben. Wir fordern die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung in Minden, Lübbecke, Porta Westfalica und Bad Oeynhausen. Dieses scharfe Schwert des Kommunalrechts macht spekulativen Leerstand, die Umwandlung in unregulierte Ferienwohnungen, was ein besonderes Problem im Kurort Bad Oeynhausen ist, oder die Nutzung als Büroflächen genehmigungspflichtig und kann diese untersagen. Parallel dazu fordern wir die Einrichtung eines öffentlichen Leerstandkatasters. Nur was wir wissen, können wir bekämpfen. Das Kataster schafft die rechtliche Grundlage, um gegen Eigentümer:innen vorzugehen, die ihre Immobilien verfallen lassen – im Extremfall bis hin zur Enteignung.

### **Wohnungslosigkeit bekämpfen, nicht die Menschen**

Die Zahl der wohnungslosen Menschen im Kreis Minden-Lübbecke ist mit fast 2.000 Menschen erschreckend hoch und ein Skandal. Wohnungslosigkeit ist die extremste Form sozialer Ungerechtigkeit. Wir akzeptieren das nicht. Statt Menschen in unwürdigen Notunterkünften unterzubringen, die oft von profitorientierten Unternehmen betrieben werden, setzen wir auf ein Konzept, das wirkt: **Housing First!**

### **Unsere Forderungen für den Kreis und die Kommunen:**

- Housing First im Mühlenkreis: Wir fordern die sofortige Einführung des Konzepts „Housing First“. Jeder wohnungslose Mensch bekommt zuerst eine eigene Wohnung – als Basis für alles Weitere.
- Menschenwürdige Notunterkünfte schaffen: Wir fordern kostenlose und für alle zugängliche Notübernachtungsstellen, die Schutzräume bieten – insbesondere für Frauen, queere Menschen und Jugendliche – und die Mitnahme von Haustieren erlauben.
- Leerstandskataster und Satzung gegen Zweckentfremdung: Um Wohnraum zu mobilisieren, müssen die Kommunen endlich einen Überblick über leerstehende Wohnungen schaffen und deren Zweckentfremdung, etwa als schlecht genutzte Ferienwohnung, per Satzung verbieten.